Igel 55: Kinder

„Ein Kind ist ein Mensch, der sich in der Lebensphase der Kindheit befindet“, so einfach, wie die Definition über Kinder klingt, sind die ersten Lebensjahre nicht. In der Kindheit werden die Grundlagen der biologischen, psychischen und sozialen Entwicklung gelegt – sie gilt als die Prägenste aller Lebensphasen. Mit Kindern werden Begriffe wie „Zukunft“, „Erziehung“ und „Familie“ verbunden. Der „Kinder-Igel“, der – wie euch sicher gleich aufgefallen ist – in frischen Farben und mit überarbeitetem Layout erschienen ist, greift diese Stichworte auf und verbindet sie mit „junggrünen“ Themen und Vorstellung über Gesellschaft, Politik und dem Status-Quo der globalisierten Welt. Außerdem spielt die Frage nach „Selbstbestimmung in der Kindheit“ eine Rolle in eurem „Frühlingsigel“. Die Balance zwischen Freiheiten und Selbstbestimmung sowie Behütung und Autorität zu finden ist ein umstrittenes Thema – nicht nur in der Pädagogik.

Neben den Artikeln zum Titelthema findet ihr, wie gewohnt, spannende Reiseberichte von unseren Mitgliedern. Diesmal aus Ghana und Brüssel. Eine Neuigkeit hingegen ist, dass der Igel nun offiziell die Mitgliederzeitung der Grünen Jugend Niedersachsen (GJN) und der Grünen Jugend Bremen (GJHB) ist. Der Igel wurde von Grund auf „bremisiert“. Damit heißt die Redaktion die Mitglieder der GJHB herzlich willkommen und hofft weiterhin auf eine gute Zusammenarbeit.

Wir wünschen euch nun viel Spaß beim Lesen sowie beim Nachdenken und Diskutieren über die Artikel.

Eure Redaktion

„Ein Kind das nicht spielt ist kein Kind, aber der Mensch* der nicht spielt, hat für immer das Kind, das in ihm gelebt hat verloren – und wird es schrecklich vermissen!“ Pablo Neruda

(*Geschlechtergerecht verändert: eigentlich heißt es „Mann“)

Inhalt

Titel - Kinder

Zuerst ist man Ausländer - dann Kind	3
Die Erfindung der Kindheit	4 - 6
Wünsche_Wahl Biete Menschen_Leben	7
Kopieren unterm Sonnenschirm	8/9
Brüssel: Die Weltstadt der Praktikanten	10/11
Der Kampf um die Kinder	12/13
Erziehung zur Demokratie in der Schule	14/15
Überdurchschnittlichkeit	16
Seite der Nds. Landtagsfraktion	17
Abtreibung - Eine Enscheidung zwischen Leben und Tod	18/19
Bremen und die Kinder und Jugendhilfsplanung	20/21
Erziehen! - aber wie?	22
Ein Plädoyer für die Freiheit	23 - 24
Wer laufen kann, kann auch arbeiten!	26

Intern

Bericht vom Landesvorstand	24 - 25
Ausmalseite	27
Basisgruppenticker	28 - 29
Adressen und Termine	30
Impressum	31

Zuerst ist man Ausländer - dann Kind

Jeden Morgen, wenn die Sonne aufgeht, steht Mudhaker auf und geht zur Arbeit. Er schuftet 12 Stunden in einem Steinbruch in Indien. Die Arbeit dort ist Schwerstarbeit unter unvorstellbaren Bedingungen: Brennende Hitze, ohrenbetäubender Lärm, Staub, der das Atmen zur Qual macht und die Augen und Lungen verstopft. Mudhaker ist 13 Jahre alt und arbeitet seit fünf Jahren in dem Steinbruch. Zusammen mit vielen anderen Kindern steht er jeden Tag an Maschinen, die so groß sind wie sie selbst. Schwere körperliche Verletzungen sind bei dieser Arbeit an der Tagesordnung und medizinische Versorgung meistens nicht gewährleistet oder schlicht unbezahlbar.

So wie Mudhaker arbeiten weltweit nach Angaben der ILO (Internationale Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen) über 370 Millionen Kinder zwischen 5 und 14 Jahren.

Dabei ist diese Ausbeutung von Kindern nach internationalem Recht seit Jahren illegal. 1989 verabschiedeten die Vereinten Nationen das „Übereinkommen über die Rechte des Kindes“, das ein Jahr später in Kraft trat. In dieser Kinderrechtskonvention wurden erstmals völkerrechtlich verbindlich wesentliche Standards zum Schutz des Kindes definiert und die Wichtigkeit von deren Wert und Wohlbefinden herausgestellt. Die Kinderrechtskonvention ist der einzige völkerrechtliche Vertrag, der von allen UN-Mitgliedsstaaten unterzeichnet und, mit Ausnahme der USA und Somalia, auch von allen ratifiziert wurde. Damit genießt es theoretisch die größte Akzeptanz aller UN-Konventionen. Doch trotz dieser Verpflichtungen herrschen bis heute große Diskrepanzen zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Immer noch müssen Millionen Kinder arbeiten, werden als SoldatInnen rekrutiert, hungern und leben auf der Straße, werden zur Prostitution gezwungen oder sexuell missbraucht. Immer noch werden Kinder inhaftiert, gefoltert, zum Tode verurteilt und hingerichtet. Die Liste der Kinderrechtsverletzungen ist so lang, wie traurig.

Doch Kinderrechtsverletzungen passieren nicht nur am anderen Ende der Welt, sondern auch vor unser eigenen Haustür. Wenn Kinder, wie Mudhaker, die jahrelang unter Kinderrechtsverletzungen gelitten haben, irgendwie die Flucht geschafft haben, werden ihre Hoffnungen auch in Deutschland oft gnadenlos zerstört. Statt einer angemessenen psychologischen und pädagogischen Betreuung, erwartet die Kinder oft ein anonymer, kaum zu verstehender Behördendschungel und Abschiebehaft. Das Kinderhilfswerk „terre des hommes“ fasste die Situation für KindersoldatInnen, die nach Deutschland geflüchtet sind 2007 treffend zusammen: „Der Umgang mit ehemaligen Kindersoldaten in Deutschland ist unmenschlich und völkerrechtswidrig. Obwohl sie schlimmste körperliche und seelische Verletzungen erlitten haben, werden sie bis auf wenige Ausnahmen nicht als politische Flüchtlinge anerkannt und leben in Deutschland nur mit einer Duldung – einer ausgesetzten Abschiebung. Das Ausländerrecht hat in Deutschland derzeit Vorrang vor dem Kinderrecht: Zuerst ist man Ausländer, dann Kind.“

So viele Formen von Kinderrechtsverletzungen es auf der ganzen Welt gibt, so viele Möglichkeiten gibt es auch sich dagegen zu engagieren. Durch

Mitarbeit in Kinder- und Menschenrechtsorganisation kann man Staaten dazu auffordern die Kinderrechtskonvention endlich in die Praxis umzusetzen. Hilfreich ist es auch schon sich und andere über die Situation von Kindern auf der ganzen Welt zu informieren und bei diesem Thema nicht weg zu sehen. Beim täglichen Einkauf kann man darauf achten, dass die Produkte nicht in Kinderarbeit entstanden sind. Auch Organisation und politische Gruppen, die in den betroffenen Regionen für Verbesserungen kämpfen, freuen sich über Unterstützung. Die schockierende Situation für Millionen von Kindern auf der ganzen Welt lässt keinen Aufschub zu.

Buchtipp und Quelle:
Reiner Engelmann – Kinder: ausgegrenzt und ausgebeutet

Christoph Müller (22) arbeitete ein Jahr lang mit Kindern in einer Förderschule und studiert heute Sozialwissenschaften.

Die Erfindung der Kindheit

Einleitung: **Über Kinder sprechen:**

Wenn in unserer heutigen Zeit über Kinder gesprochen wird, dann scheint klar zu sein, worum es geht: kleine, junge Menschen die noch Zeit haben, bevor der Ernst des Lebens anfängt und deswegen unbefangen in ihrer eigenen kleinen Welt leben dürfen. Aber was macht solche Menschen eigentlich aus? Warum machen wir uns einen Begriff von einer bestimmten Gruppe von Menschen, wenn nicht um selbstverständliche Eigenarten von ihnen damit bezeichnen zu können? Fragt mensch dann danach, gibt es typischer Weise drei Arten von Antworten:

Weit verbreitet ist ein stark emotionalisiertes Bild von Kindheit. Da wird einer_einem dann mit leuchtenden Augen und gerne mit einem etwas unsicherem Lächeln erzählt, wie toll Kinder sind, weil sie z.B. alles so einfach nehmen, so ehrlich sind oder auch einfach nur, dass Kinder niedlich sind. Alternativ kommen Erinnerungen an die eigene Kindheit, in der alles noch so schön einfach war – oder auch wo die Erklärung für ein affektives Trauma zu finden sei. Auch „Kinderhasser_Innen" sind ebenso emotional, wenn sie Kinder als nervig, laut oder schmutzig beschreiben. Interessanter Weise geht so eine Antwort schnell in Beschreibungen der eigenen Emotionen gegenüber Kindern über, statt zu sagen, was Kinder denn nun eigentlich ausmacht. Es wird also gerne beschrieben, wie mensch zu Kindern steht und was sie bei einer_einem auslösen. Was Kindheit ist wird hier aus ihrer emotionalen Bedeutung für Erwachsene erklärt, „Kind-Sein" wird aus der Perspektive des Erwachsenen gedacht.

Das liegt nun sicherlich an der Form der Emotionalisierung, denn Kinder haben natürlich ihre Eigenarten in sich selbst und aus sich selbst heraus. Oder? Tatsächlich funktioniert das zweite Muster des Redens über Kindheit ziemlich ähnlich. Da werden Kinder von vorne herein als erziehungsbedürftige Wesen verhandelt. Kinder brauchen Grenzen und klare Strukturen, sie bedürfen der Fürsorge und dem Schutz, am besten der Eltern. Wieder wird Kindheit vom Erwachsenen aus gedacht, diesmal nicht aus seiner Gefühlswelt gegenüber dem Kind, sondern aus seiner Arbeit an der Entwicklung des Kindes, sprich aus der Erziehung heraus. Kindheit wird hier als eine Lebensphase der Entwicklung begriffen, die so riskant ist, dass sie nur unter Anleitung gelingen kann.

Aufgeklärtere Mitmenschen beziehen sich bei ihrer Antwort gerne auf wissenschaftliche Erkenntnisse aus der Entwicklungspsychologie. Da wird au-Phasenmodelle von Freud über Piaget bis hin zum letzten Schrei der Gehirnforschung von Roth und anderen verwiesen. Es geht dabei um den Stand der geistigen Entwicklung bei Kindern, wie sie wahrnehmen, wie sie denken, wie sie den Bezug zu ihrer Außenwelt und zu sich selbst herstellen. Auch manche dieser Modelle setzten die Entwicklung von Kindern in Bezug zu ihrem Verhältnis zu erwachsenen Bezugspersonen (etwa die Psychoanalyse oder die Bindungsforschung), aber in der Tat gibt es einige entwicklungspsychologische Theorien, die uns eine Vorstellung der Eigenarten des kindlichen Denkens, Handelns und Fühlens liefern, die uns zufrieden stellen mag. Es aber möglich, die Entstehung solcher Theorien recht genau zu datieren und zwar erst auf den Anfang des 20. Jahrhunderts. Kinder gibt es aber doch schon immer, warum ist der Menschheit also nicht schon in den vielen tausend Jahren vorher aufgefallen, wie Kinder wirklich sind?

Oder „sind" Kinder vielleicht gar nicht von vorne herein, sozusagen natürlicher Weise, so wie wir sie sehen und wir machen uns nur eine Vorstellung von ihnen, die auch anders aussehen könnte?

Historischer Abriss eines gesellschaftlichen Konstruktes:

Die historische Bildungsforschung geht genau davon aus. Kindheit als gesellschaftliches Bild ist demnach eine sozial geteilte Vorstellung davon, wie eine bestimmte Gruppe von Menschen (Kinder) verallgemeinernd gedacht wird und bei der die Entstehung dieser Vorstellung sogar ideen-geschichtlich nachvollzogen werden kann. Das macht es uns etwas einfacher als z.B. bei der sozial-strukturellen Kategorie Geschlecht, bei der mensch die Formationen des gesellschaftlichen Diskurses untersuchen, die performativen Akte der Identitätsanzeige in den Interaktionen verstehen und die Mechanismen der wechselseitigen Reproduktion der so geordneten Struktur erkennen muss. Solche gesellschaftlichen Konstruktionsprozesse laufen sicherlich auch in Bezug auf die Kategorie Kindheit ab (wenn auch im Detail der Prozessstruktur mit etwas anderen Logiken), der Zugang zu diesem gesellschaftlichen Bild kann aber einfacher gefunden werden. Denn: Kindheit ist – im Gegensatz etwa zur sozialen Kategorie Frau – eine explizite Erfindung!

Das Wort Kind bezeichnete in vormoderner Zeit noch alleine ein Verwandtschaftsverhältnis im Sinne von „das Kind von jemandem sein". Es gab noch keine Vorstellung von einer besonderen Lebensphase Kindheit. Kin-

der wurden als kleine Erwachsene gesehen, an denen nichts in besonderer Weise anders war. Das realisierte sich auch in der Lebensführung. Sobald auch nur die minimalste körperliche Reife erreicht war verrichteten Kinder die gleichen Arbeiten wie Erwachsene, teilten den gleichen Freundes- und Bekanntenkreis und nahmen selbstverständlich am normalen gesellschaftlichen Leben teil. Auch die Beziehung der Erwachsenen zu Kindern war eine andere. Kinder zu haben galt nicht als besondere emotionale Erfüllung für die Eltern, sondern viele Kinder zu haben war ein Statusmerkmal, weil viele Kinder viel Arbeitskraft bedeuteten und so ökonomischen Wohlstadt der Familie anzeigten. Es gab auch keine explizit eigene Vorstellung von Kindererziehung, die über die allgemeine Züchtigung des Menschen in bestimmten Situationen hinausging. Kinder wurden ohne irgend ein Ziel „nebenbei" erzogen, oft ohne konkrete Bezugspersonen, schon gar nicht von den Eltern, eher von älteren Geschwistern oder den Hofbediensteten.

Erst ab dem 15. / 16. Jahrhundert begann sich nach und nach die Vorstellung zu entwickeln, das Kinder ganz eigene, besondere Menschen mit spezifischen und von Erwachsenen grundlegend verschiedenen Bedürfnissen sind. Diese Ahnung davon, dass Kinder doch nicht einfach nur kleine, unfertige Erwachsene sein könnten, griffen die Theoretiker der Aufklärung im 18. Jahrhundert auf und formulierten es zu einem Menschenbild aus. Grundlegend dafür war die Idee des kindlichen Schonraumes - eine logische Konsequenz des aufklärerischen Weltbildes. „Alles ist gut, wie es aus den Händen des Schöpfers kommt; alles entartet unter den Händen des Menschen" (Rousseau, S. 1). Besonders das Kind war jetzt von Grund auf gut und unverdorben (im Gegensatz zu christlichen Vorstellungen, in denen der Mensch mit der Erbschuld belastet auf die Welt kommt) und erst die raue Gesellschaft verdirbt den Menschen. Damit die guten Anlagen sich entfalten können musste diese Wesen von der Gesellschaft fern gehalten werden, isoliert in eine eigene, ihm gerecht werdende Realität, eine kindgerechte Umgebung in der es sich zum guten entwickeln kann. Die Idee entwickelte sich weiter. Anfang des 19. Jahrhunderts verkündeten sowohl Schleiermacher als auch Kant die absolute Erziehungsbedürftigkeit des Kindes.

Im Laufe des Jahrhunderts wurde aus der Theorie immer mehr praktizierte Realität. In der sich herausbildenden bürgerlichen Kleinfamilie wird Kinder kriegen zur persönlich-emotionalen Entscheidung und Kinder erziehen zur Privatangelegenheit. Es entstehen zum ersten mal für Kinder hergerichtete Umgebungen: im Privathaushalt taucht das Kinderzimmer auf, Fröbel konzipiert und eröffnet den ersten (zumindest in Deutschland ersten) Kindergarten und Humboldt entwirft den ersten Plan für ein allgemeines Schulsystem. Nach und nach wird Kindheit zu einem sozial abgrenzbaren Gebiet, mit eigenen Normen und eigenen Institutionen. Das Bild der Kindheit verfestigt sich, Kinder bekommen als Gruppe einen kontrollierten Platz im gesellschaftlichen Gefüge, der Staat übernimmt Überwachungs- und Fürsorgeverantwortung (Anfang des 20. Jahrhunderts Einrichtung der ersten Kinder- und Jugendpflegestellen als Vorläufer des heitigen Jugendamtes), Kinder bekommen eine rechtliche Stellung (vorerst im Übrigen nur als Rechtsobjekt, erst später bis zu einem gewissen Grad als Rechtssubjekt) und schließlich entwickelt sich mit der Pädagogik und der Entwicklungspsychologie eigene wissenschaftliche Disziplinen zur Erforschung der Kindheit. Kurzum: Kindheit vergesellschaftet sich und wird als institutionalisierte Lebensphase zu einem entscheidenden Strukturmerkmal moderner Gesellschaften.

Kindheit heute: gesellschaftliche Auswirkungen einer etablierten Erfindung:

Das Deutungsschema Kindheit ist inzwischen nicht mehr weg zu denken. Die Gesellschaft hat diese Wahrheit so sehr internalisiert, dass wir wie selbstverständlich Kinder als Menschen in besonderer Lebenssituation mit speziellen Bedürfnissen wahrnehmen. Kindheit wird automatisch mit den dazugehörigen Institutionen und Epistemen assoziiert. Deswegen kommen auch immer wiederkehrende Dialoglogiken beim reden über Kinder zustande, wie sie am Anfang beschrieben wurden. Trotzdem ist die Frage, wie Kinder sind und was Kinder brauchen ein Dauerbrenner der öffentlichen Debatte.

Das Bild bestimmt den Umgang mit Kindern. Es gibt speziell für Kinder eingerichtete Umgebungen, aber auch Räume, von denen sie fern gehalten werden – beides sowohl real als auch virtuell. Real auf der einen Seite Spiel-

plätze, Kinderzimmer und Kindergärten / -krippen auf der anderen Kneipen, Clubs oder einfach nur die viel befahrene Hauptstraße – alles wo Kinder nicht hin sollen. Virtuell auf der einen Seite Kindergeschichten, Kindermusik und eben auch für Kinder zurechtgeschusterte Wahrheiten wie den Weihnachtsmann und die Geschichte mit den Bienchen und den Blümchen. Auf der anderen Seite sex, drugs and rock'n'roll sowie alles, bei dem wir Kindern gerne mit „das verstehst du noch nicht" antworten.

Die Struktur reproduziert sich in der Kunst der Verteilung und ihrer Anordnung, wie Foucault sagen würde. Das Bild reproduziert sich im Bewusstsein. Wir haben einen Begriff davon, was es heißt, wenn jemand sagt „das ist aber kindisch". Wir deuten jedes Verhalten von Kindern nach unserer Vorstellung von Kindheit. Was das ist, musste uns dabei gar nicht beigebracht werden, denn wir sind in der eigenen Kindheit dementsprechend behandelt worden und haben daraus eine Selbstverständlichkeit entwickelt.

Politische Folgen:

Das heißt jetzt aber nicht, dass es „in Wirklichkeit" keine Kindheit gibt und wir deshalb aufhören sollten, Kinder so zu behandeln. Die Entdeckung der Kindheit hat viel Gutes ermöglicht und wohl niemand möchte ernsthaft den Kindern ihre Kindheit wieder wegnehmen. Es ist wertvoll, dass unsere Gesellschaft angefangen hat Kinder in ihren Eigenarten zu schätzen, zu schützen und zu fördern. Ein all zu dogmatisches Bild kann aber auch ein Maulkorb für eine soziale Gruppe sein, wenn ihnen etwa auf Grund eines solchen Bildes die Fähigkeit zur Teilhabe oder das Recht auf Selbstbestimmung abgesprochen wird und das ganz selbstverständlich so hingenommen wird, weil Kinder nun mal so sind. Wie, das wird nicht mehr hinterfragt. Der Protest der eigenen Gruppe hilft dann auch nicht, denn auch das fängt das dogmatische Bild von Kindern ein: sie sind nun mal manchmal bockig, nicht wahr?

Zu wissen woher das Konstrukt Kindheit kommt und wie die Geschichte unserer Vorstellung von ihr abgelaufen ist, kann also dabei helfen, kritisch zu bleiben wenn einer_einem mal wieder erzählt wird, wie Kinder nun mal so sind und was deswegen das richtige für sie ist. Das Kindheitsbild in unserer Gesellschaft aufzubrechen und zu verändern bleibt aber eine Gradwanderung, denn die Kindheit zerstören will mensch nicht, obwohl so manch Pädagog_in für dieses Jahrhundert schon das Ende der Kindheit prognostiziert hat. Allerdings wollten die Feminist_innen auch nicht das Frau-sein abschaffen sondern nur das Frauenbild verändern und damit ihre Möglichkeiten zur Selbstbestimmung erweitern. Es bleibt eine Aufgabe der Emanzipation – diesmal die einer Gruppe, die nur schwer für sich selber einstehen kann.

Literaturtipps zum weiter lesen:

Hurrelmann, K. / Bründel, H. (2003):Einführung in die Kindheitsforschung. Beltz Verlag; Weinheim / Basel / Berlin.

Und als Klassiker:

Rousseau, J.-J. (2001 [1762]): Emil oder über die Erziehung. Ferdinand Schöningh; Paderborn / München / Wien / Zürich.

Moritz Keppler, 26, Basisgruppe Göttingen und Struktur-AG, studiert Pädagogik und verwirrt die Leute gerne damit, dass er Kinder sehr gerne mag, aber keine eigenen will.

Wünsche_Wahl
Biete Menschen_Leben

Das hörende Kind im Reagenzglas. Er(n)ste Bedenken.

Ein Wunsch, die Wahl, das menschliche Leben. Ganz so einfach entsteht es jedoch nicht, das im Reagenzglas gezeugte Kind: Mittels In-vitro-Fertilisation (IVF) entwickeln sich oft mehrere Embryonen, von denen letztlich nur die gewünschten ausgewählt und in die Gebärmutter gepflanzt werden. Doch mit den Embryonen im Glas keimen auch die Bedenken der KritikerInnen.

Groß(e)_britische Gesetze.

Im März 2008 löste ein britischer Gesetzesentwurf heftige Debatten aus. Das „Menschliche Embryonen- und Befruchtungsgesetz“ sah vor, dass „Personen oder Embryonen, [...] die ein deutliches Risiko mit sich tragen, dass die Person mit der Anomalie eine ernste physische oder geistige Behinderung [...] entwickeln wird [...] (nicht) denen vorgezogen werden (können), bei denen eine solche Anomalie nicht bekannt ist.“ Im Klartext bedeutet dies, dass Embryonen mit genetisch bedingten Defekten kein Recht auf Verpflanzung bekommen sollten. Weise ein Embryo Erbschäden auf, müsse er vernichtet werden. Es folgten kontroverse Diskussionen, inwiefern und ob überhaupt es sich ein demokratischer Staat anmaßen darf, über Wert und Unwert eines entstehenden Menschenlebens urteilen zu dürfen, geschweige denn, ob vorgeburtliche Embryonenselektion – in Deutschland verboten – staatlich legitimiert werden dürfe.

Gehörlose Embryonen für den Müll

Besonders heftige Reaktionen über die ohnehin umstrittene Gesetzesvorlage löste eine perfide Äußerung von Ruth Deech aus. Die ehemalige Chefin der Aufsichtsbehörde über die künstliche Befruchtung präzisierte unverhohlen die Intention des Gesetzes: Es solle Gehörlose davon abhalten, mittels IVF gehörlosen Nachwuchs zu zeugen. Diese hochgradig diskriminierende Aussage lässt unvermeidlich an das von den Nazis geschaffene „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ erinnern. Dieses ordnete neben anderen grauenhaften Verbrechen auch die flächendeckende Zwangssterilisation von Gehörlosen an. Von daher stellt die beschämende Äußerung Deech's eine menschenverachtende Behauptung sondergleichen dar.

Gleiches Recht für alle

Jenseits voreiliger Bemerkungen bezüglich Gehörlosigkeit als defizitärem Zustand muss in erster Linie die Meinung der Betroffenen im Vordergrund stehen. Paula Garfield und Tomato Lichy, beide gehörlos, machten mit ihrem Kinderwunsch die abstrakte Diskussion um das neue IVF-Gesetz zum konkreten Fall: Sie wünschen sich gehörlose Kinder. Da Paula bereits über 40 ist, ziehen sie und Tomato für ihr zweites Kind die künstliche Befruchtung in Betracht. Sie sind der Meinung, dass der Staat nicht in die Embryonenselektion eingreifen soll und wünschen sich eine freie Entscheidung bei der Auswahl des Embryos.

Natürlich würden sie ein gehörloses Baby bevorzugen, denn sie sehen Gehörlosigkeit nicht als Defizit. Sie fühlen sich der Gemeinschaft der Gehörlosen zugehörig, in der sie ihre kulturelle Identität erkennen. Die Zugehörigkeit zur Gehörlosengemeinschaft mit ihrer eigenen Sprache – der Gebärdensprache – kommt für sie der einer ethnischen und sprachlichen Minderheit gleich. Paula und Tomato empfänden es von daher als absolute Diskriminierung, wenn sie als Gehörlose vor dem Gesetz nicht gleichberechtigt behandelt werden würden. Schließlich dürften Hörende auch gehörlose Embryonen aussortieren, warum sollten sie also nicht das Recht bekommen, hörende Embryonen abzulehnen? „Wir wollen Gleichheit – nicht mehr, aber auch nicht weniger“, gebärdet Tomato. Und Paula fügt hinzu: „Was soll ich meiner Tochter antworten, wenn sie einmal fragt, weshalb ihr Geschwisterchen hörend sei? Ich müsste sagen, dass es nicht gehörlos geboren werden durfte, weil der Staat Menschen wie sie und uns nicht duldet.“

Sarah Benke, 22-jährige Studentin der Gebärdensprachpädagogik, ist Sprecherin der GRÜNEN JUGEND Brandenburg und kämpft für humanistische Ideale und jedes Menschenleben.

Kopieren unterm Sonnenschirm

Der freundliche Herr hinter der Glasscheibe bittet uns, eine Kopie des Rückflugtickets zu machen, damit er diese dann hinter den Antrag auf Visumsverlängerung heften kann. Klar, machen wir „Können Sie uns sagen, wo?". Am Tor ginge das, meint er. Wir sollten hingehen und dann mit der Kopie wiederkommen. Ansonsten seien die Unterlagen vollständig und in Ordnung. Wir gehen also zum Eingangstor der Behörde. Dort fragen wir eine Frau in Uniform nach dem Kopierer. Sie deutet auf das Tor: „Draußen! Auf der linken Seite."

Wieso draußen? Soll da etwa einfach an der Strasse ein Sonnenschirm mit 'nem Kopierer drunter stehen? Tatsächlich. Oder fast zu mindestens: am Straßenrand links neben dem Eingangstor steht eine winzige Bretterbude in der gerade so zwei Leute auf ihren Hockern und ein Kopierer Platz haben. Es hätte uns nicht wundern sollen. Schließlich haben wir 15 Minuten zuvor auch Passfotos für das Visum hinter der Mauer auf der gegenüberliegenden Straßenseite machen lassen. Direkt vor der Einwanderungsbehörde, da, wo Leute Passbilder brauchen, da stehen zwei Männer mit ihren Polaroidkameras und machen Bilder. Für den Alltag ist immer alles genau da, wo es gebraucht wird, stellen wir gut gelaunt fest. Diese Stadt funktioniert auf eine für uns ungewohnte Art und Weise, aber sie funktioniert: Zuverlässig und friedlich! So sitzen um Behördengebäude herum Leute mit Schreibmaschinen, die offizielle Briefe tippen und wo Menschen unterwegs sind, auf den Strassen und in den Bus-Stationen, wird verkauft, was auf Reisen gebraucht wird: Bananenchips, geschnittene Früchte, Nüsse, Kekse und Getränke für's Proviant sowie Schweißtücher (niemand verkenne deren Nützlichkeit bei tropischem Klima), Plastikspielzeug, Nagelscheren, Pappnasen, Gelenksalbe und Anti-Bandwurm-Tabletten – sag niemals nie!

„Werden die Leute das eigentlich los? Es ist kaum vorstellbar aber es muss sich ja schon lohnen- sonst würden sie es nicht machen, oder?" fragen wir Stanley als wir neben ihm in seinem Auto sitzen. „Vieles nicht! Die meisten Sachen braucht doch kein Mensch" meint er. – „Wovon leben sie dann?" Stanley seufzt: „Ich schätze, wenn es gut läuft, verdienen sie genug für eine Mahlzeit am Tag. Das ist mehr als nichts. Davon leben sie. Eine andere Wahl haben sie nicht. Es gibt ja sonst keine Möglichkeit für sie, Geld zu verdienen. Und was sagt letztlich unser Präsident? ‚Wer nicht arbeitet und nicht genug Geld verdient, der ist faul.' Das ist ein Schlag ins Gesicht für diese Leute: Diese Leute stehen lieber acht Stunden in der Sonne und schlucken Abgase und Staub als zu betteln! Und er sagt, sie wären faul. Das ist unglaublich!" Wir können uns nicht vorstellen, dass sich die Leute Faulheit leisten können. Es gibt in Ghana kein sogenanntes soziales Netz, das sie auffangen würde. Familienangehörige, die dir einen Job beschaffen können oder Arbeit unter unzumutbaren Bedingungen sind hier oft die einzige Überlebensversicherung. Wenn sie faul herumsitzen würden, würden sie eher verhungern, als dass eine staatliche Institution die notwendigen Kapazitäten und Ressourcen hätte, sich ihrer anzunehmen. Stanley zuckt mit den Achseln. „Unser eigener Präsident meint, sie seien zu faul. Der Präsident, der es nicht schafft genügend offizielle Arbeitsplätze zu schaffen. Das macht mich so wütend!“ Stanley ist in Ghana geboren und in Deutschland aufgewachsen. Natürlich kennt er europäische Vorurteile gegenüber SchwarzafrikanerInnen – vor diesen bewahrte ihn auch sein deutscher Pass nicht. Seit ein paar Jahren lebt Stanley wieder in Accra. Was ihn zermürbt ist, dass GhanaerInnen, wie der Präsident, selbst die Gründe für die

sich zunehmend verschärfende Situation in Accra ignorieren und sich mit solchen stereotypen Annahmen aus der Verantwortung ziehen.

Wir sehen uns um: Überall stehen und gehen von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang Leute, die Dienstleistungen und Waren anbieten. Nötige und auch unnötige zwar, aber sie klopfen unablässig den Staub von ihren Waren, schichten kunstvoll alle möglichen Gegenstände zu Türmen, Pyramiden und sonstigen Formationen auf, versuchen charmant bis energisch von ihren Angeboten zu überzeugen und sprinten mit Schüsseln auf dem Kopf und einem Kind auf dem Rücken hinter Fahrzeugen her, wenn sich der Stau doch plötzlich auflöst, um das Wechselgeld durchs Autofenster rein zu reichen.Die Arbeitslosenquote ist in Ghana (30%) um ein vielfaches höher als in Deutschland- und trotzdem haben wir nie jemanden von sich sagen gehört, er oder sie sei arbeitslos. Die Leute schaffen sich ihre Jobs und erfinden Aufgaben- und das wird akzeptiert und bezahlt. Sie nennen sich StudentIn oder PrivatlehrerIn, predigen auf öffentlichen Plätzen oder in Fahrzeugen, weisen Taxis ein, wechseln Geldscheine in Münzen, helfen orientierungslosen Touris, nennen sich "Fußballer" und werben KundInnen für Restaurants, Hotels und Shops von Familienmitgliedern. Wir lesen, dass Betteln in Ghana zu großen Teilen verpönt sei und vermuten, dass es sich mit Arbeitslosigkeit entsprechend verhält. Doch sozialmoralische Norm hin oder her wird es auch einen ganz pragmatischen Grund für den Einfallsreichtum der Leute hier geben: sie haben keine andere Wahl. In Accra, so kommt es uns vor, erleben wir eine spezielle Art der Dienstleistungsgesellschaft: Dienstleistung als Notwendigkeit der Existenzsicherung. Reguläre Jobs gibt es nicht ausreichend in dieser 2,5 Millionen Stadt.

Und doch wächst diese Stadt weiter: Unaufhörlich, ungebremst und unkontrolliert.

In den letzten 50 Jahren nach der Unabhängigkeit von der britischen Kolonialmacht hat sich die EinwohnerInnenzahl in dieser Stadt mehr als verfünffacht! Die Unabhängigkeit hatte die Freizügigkeit zu einem allgemein gültigen Recht gemacht. Aus allen Regionen Ghanas und auch aus den Nachbarländern strömen die Menschen in Massen nach Accra: Für die einen ist die Stadt die große Freiheit von den starren Traditionen auf dem Land, bedeutet Modernität und individuelle Entfaltung. Für die anderen ist das relativ stabil demokratische und friedliche Ghana Zufluchtsort vor Chaos; Krieg und Hunger. Die wenigsten von ihnen bekommen einen Job in einem Büro, einer Schneiderei oder einer staatlichen Institutionen. Sie stehen auf den Straßen und versuchen Erdnüsse oder Wasser in Plastiktüten zu verkaufen – für eine warme Mahlzeit, für ein kleines bisschen mehr Freiheit.

Für knapp 2 km braucht unser Bus an diesem Tag, an dem wir unsere Vismumsverlängerung von der Einwanderungsbehörde abholen wollen eine gute Stunde: Die Stadt erstickt auch heute wieder beinah an zu viel Verkehr! Wir beobachten während des Stillstandes eine Gruppe aus fünf kleinen Jungen, die sich auf dem gepflasterten Streifen zwischen den Fahrspuren um das Wohlergehen eines Schafes kümmern, das einer von ihnen an einer Leine hält. Die Jungen rupfen vertrocknetes Gras, das um einen Strommast wächst, legen es dem Schaf vor die Schnauze und streicheln es sanft und ohne Unterlass. Dort, mitten auf der Straße, zwischen einer hupenden Blechflut und Abgasen wuseln sie um dieses erbärmlich hässliche Zottelvieh herum, das vermutlich auf eben diesem Mittelstreifen gezeugt und geboren wurde, geschlachtet und als Kebabspieß verkauft wird; Die Aktionsradien in dieser großen Stadt sind klein und die Beschäftigungsmöglichkeiten gering. Und doch gilt so vielen Accra als der Ort der Moderne, des Fortschritts und der beinah unbegrenzten Möglichkeiten, wo immer alles da ist, wo gerade etwas gebraucht wird.

Christian, 24, und Ramona, 23, waren im Sommer 2008 in der Hauptstadt Ghanas um am Goethe Institut zu arbeiten bzw. an der University of Ghana zu studieren.

Ihre Eindrücke haben sie auf www.ghanakollektiv.blogspot.com festgehalten.

Reisebericht aus Brüssel: Die Weltstadt der Praktikanten

Auch wenn es sich bei der Hauptstadt Belgiens mit seinen rund zwei Millionen Einwohnern (mit Einzugsgebiet) um eine vergleichsweise kleine Metropole handelt, ist es doch umso beeindruckender welch internationaler Charakter hier auf den Straßen spürbar ist. In Brüssel braucht man sich nicht wundern, wenn man auf der Straße erst auf Französisch, dann auf Englisch und schließlich auf Deutsch angesprochen wird. Auch wenn es sich eigentlich um die Hauptstadt eines Landes mit gerade einmal 10 Millionen Einwohnern handelt, spürt man am Wesen dieser Stadt, dass es sich um weitaus mehr dreht. Schließlich haben die wohl wichtigsten Europäischen Institutionen hier ihren Hauptsitz. Nicht zu letzt durch die Repräsentation des Europäischen Rats, der Kommission und dem Europäischen Parlament erhält diese Stadt ihren internationalen Charakter. Daneben ist jeder Europäische Staat mit einer Landesvertretung vor Ort, beziehungsweise mit regionalen Vertretungen. So hat jedes Bundesland selbst noch einmal eine eigene Vertretung vor Ort, was auch auf andere Europäische Staaten zutrifft.

Ich selbst kam für ein dreimonatiges Praktikum bei der grünen Europaabgeordneten Helga Trüpel nach Brüssel. Die Erfahrungen die ich dort gemacht habe, waren unglaublich und sind mit nichts vergleichbar, was mir die politische Sphäre der Bundesrepublik alleine bieten könnte. Brüssel ist das Zentrum Europäischer Politik, indem sich die politischen Akteure mit den Belangen von einer halben Milliarde Menschen beschäftigen. Die Europäische Union ist aber alles in allem noch immer unvollständig konzipiert, woraus sich im politischen Geschehen wesentliche Unterschiede zu den nationalen Parlamenten ergeben. Die schrittweise Entwicklung der Europäischen Institutionen offenbart andere Konfliktlinien. Insgesamt geht es in erster Linie weniger um die Konkurrenz zwischen den Fraktionen der Europäischen Parteien, sondern vielmehr um eine Konkurrenz zwischen den Institutionen selbst. Das Europäische Parlament besitzt zum Beispiel kein Gesetzesinitiativrecht. Die Abgeordneten können also kein Gesetz selbstständig entwerfen und es dann zur Abstimmung stellen. Das Gesetzesinitiativrecht liegt bei der Europäischen Kommission, womit das Parlament nur die Möglichkeit hat ein spezifisches Thema an die Kommission zu delegieren, damit diese eine Vorlage erarbeitet. Das Parlament muss der Vorlage dann zustimmen, oder kann sie ablehnen. Aus demokratietheoretischer Perspektive ist das eine wahre Lücke, da die Bürgerinnen und Bürger der Union das Parlament direkt wählen können, dieses aber eben keine Gesetze im eigentlichen Sinne entwerfen kann – somit also nur beschränkt als legislative Institution bezeichnet werden kann. Im Laufe der vergangenen Vertragsrunden hat sich aber gezeigt, dass demokratische Institutionen wie das Europäische Parlament mit der Zeit gestärkt wurden. Da die Entwicklung der Europäischen Institutionen als fortwährender Prozess betrachtet werden kann, ergibt sich auch eine klare Interessensverlagerung der Europäischen Fraktionen bei der Politikformulierung im Vergleich zu nationalen Fraktionen. So ist die bedeutendste Bruchlinie die Unterscheidung zwischen Abgeordneten die sich für die Stärkung Europas einsetzen, zu denen die sich als Europagegner profilieren. Als Beispiel für die fraktionsübergreifende Kooperation kann die (inzwischen gescheiterte) schriftliche Erklärung 75/2008 angeführt werden. Bei dieser Erklärung ging es um die Festlegung des Europäischen Parlaments auf einen einzigen Standort. Als das Parlament geschaffen wurde, stellte Frankreich für seine Akzeptanz die Bedingung auch einen Parlamentsstandort zu stellen. Deshalb gibt es das Europäische Parlament ebenfalls in Straßburg, wo pro Monat eine Plenarwoche abgehalten wird. Dieser logistische Aufwand kostet den Europäischen Steuerzahler 200 Millionen Euro jährlich und belastet die Umwelt mit ungefähr 20.000 Tonnen CO2 Ausstoß pro Jahr. Bei diesem Thema findet man unter den Abgeordneten auch fraktionsübergreifend Unterstützung. Zur parlamentarischen Arbeit lässt sich also sagen, dass die klassische Fraktionskonkurrenz wie im Bundestag wahrscheinlich erst dann stattfinden wird, wenn sich die Konzeptionalisierung der Europäischen Union ihrer Finalität nähert und das Parlament mit vergleichbaren Kompetenzen zu den nationalen Parlamenten ausgestattet ist.

Es ist sicherlich nicht so einfach das Konstrukt der Europäischen Union im Handumdrehen zu überblicken, aber der allgemeine Vorwurf der Intransparenz des politischen Prozesses trifft so nicht zu. Wer einen Blick auf die Webseite des Parlaments wagt wird feststellen, dass es sich beim Europäischen Parlament um das transparenteste Parlament überhaupt handelt. So können alle Sitzungsprotokolle, alle Redebeiträge sowie sämtliche Kommissionsvorlagen online eingesehen werden. Das was oftmals als undurchsichtige

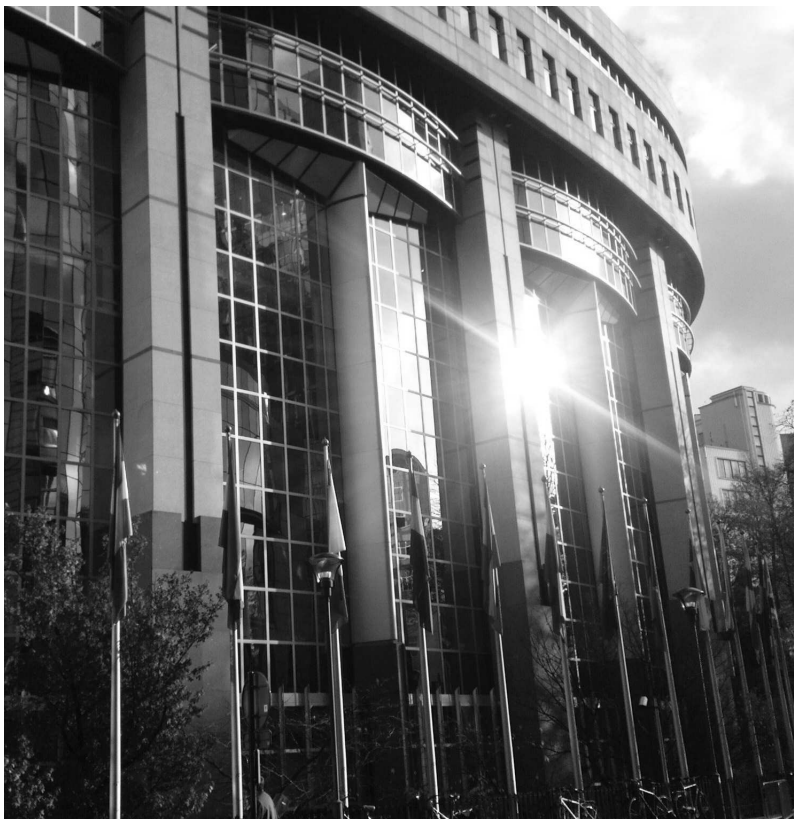
Bürokratie Brüssels bezeichnet wird, ist vielmehr Ausdruck der Schwierigkeit die Komplexität in Zeiten der fortwährenden Wandlung zu überblicken. Die ausstehende Ratifizierung des Vertrags von Lissabon ist schließlich ein weiterer Baustein zur Stärkung des Parlaments, was aus demokratietheoretischer Perspektive wünschenswert ist. Die Notwendigkeit einer starken Union leitet sich neben unseren Überzeugungen aber auch aus den globalen Herausforderungen zur Krisenbewältigung ab – von der Finanz- und Wirtschaftskrise, bis hin zum Nahost-Konflikt.

Nicht zu letzt durch die unglaubliche Dichte an EU Institutionen ist Brüssel auch bekannt als Hauptstadt der Praktikanten. Ich selbst kam für drei Monate in einer Art erweiterten Jugendherberge unter, die auf kurzfristiges wohnen in Brüssel ausgerichtet ist. Es ist schon ein spannendes Erlebnis mit jungen Leuten aus aller Welt zusammen zu kommen, die alle irgendwie auch mit dem politischen Prozess der Europäischen Union zu tun haben. Eines ist sicher: Wenn man mit Praktikanten/Angestellten von anderer EU-Abgeordneten, der Kommission, des Rates, der Landesvertretungen, Lobbyfirmen, NGO und der NATO abends zusammen durch die Bars und Clubs zieht, wird einem nie langweilig. Was als politische Debatte beim gemeinsamen Abendbrot begann, endete nicht selten um zwei Uhr nachts beim "auf den Tischen tanzen". Zusammenfassend würde ich es als das pure Leben beschreiben – eine Lebenserfahrung, die sich allemal gelohnt hat!

Ich würde mir von unseren Grüne Jugend EuropakandidatInnen wünschen, dass sie sich im Sinne des demokratischen Grundgedankens für eine Stärkung des Europäischen Parlaments im Kontext des Institutionengefüges einsetzen. Denn bevor auf europäischer Ebene grün-gesellschaftsstrukturelle Überzeugungen effektiver für alle greifbar umgesetzt werden können, bedarf es einer solchen Stärkung. Dann verbessern sich unsere Chancen eine gesamteuropäische Kultur der Gleichberechtigung, des verantwortungsbewussten Umgangs mit der Umwelt sowie des respektvollen und sozialen Umgangs miteinander zu verwirklichen.

Ich möchte meinen Reisebericht mit dem wunderbaren EU-Motto 2008 abschließen: "United in diversity"

Max Forster ist 24 Jahre alt und Student der Uni Bremen. Er sammelte wertvolle Erfahrungen während eines Praktikums bei der grünen EP-Abgeordneten Helga Trüpel.



Der Kampf um die Kinder

In Deutschland sind Kinder Mangelware. Will eine Gemeinde jung und lebendig bleiben, muss sie sich also etwas einfallen lassen. In Rheinland-Pfalz wurde deshalb 1999 die Spielleitplanung initiiert – ein Verfahren, mit dem Kommunen Kinder und Jugendliche in die Planung einbeziehen und so im Optimalfall erreichen, dass sich junge Leute bei ihnen gut aufgehoben und berücksichtigt fühlen.

Jugendliche präsentieren ihr Quartier

Altern ist teuer

Die Zahl der unter 18jährigen nimmt stetig ab, während die der über 70jährigen nach wie vor ansteigt. Die Gesellschaft altert, und zwar sehr zum Leidwesen der Städte und Gemeinden, auf die dadurch erhebliche Mehrkosten zukommen. Durch den andauernden Bevölkerungsrückgang sind sie finanziell ohnehin deutlich geschwächt. Denn sowohl soziale Einrichtungen wie Schulen und Kindergärten als auch technische Infrastruktur wie das Strom- und Abwassernetz müssen wie bisher in Stand gehalten werden, während die Anzahl der Träger sinkt. Wenn Gemeinden eigene Wohnungsbestände haben, kommen Mindereinnahmen durch das aus Leerständen folgende Überangebot hinzu, außerdem veranschlagen Rückbaumaßnahmen Geld. Zu diesen Ausgaben kommen durch eine älter werdende Bewohnerschaft nun noch viele Probleme hinzu. Für den Bund führt ein im Alter abnehmendes Konsumverhalten zu weniger Mehrwertsteuereinnahmen und die Kommunen leiden unter weniger Neuinvestitionen des Einzelhandels sowie einem damit einhergehenden Abbau von Arbeitsplätzen. Zudem wird mehr Geld von Sanitär- und Pflegeeinrichtungen verschlungen, weil erstens der potenzielle Unterstützungskoeffizient sinkt, auf eine alte Person also immer weniger junge Menschen kommen, die sich um sie kümmern könnten, und weil zweitens weniger informelle Pflege und Versorgung stattfindet, da sich eine Vereinzelung vollzieht und familiäre Bindungen tendenziell fehlen oder verloren gehen.

Dementsprechend liegt es nicht nur aus sozialen, sondern auch aus finanziellen Gründen im Interesse einer jeden Gemeinde, die Altersstruktur möglichst ausgewogen zu halten. Dazu müssten Familien zuziehen oder an den Ort gebunden werden und die Entscheidung für Kinder müsste Ortsansässigen leicht gemacht werden. Wie ist das zu schaffen?

Die Spielleitplanung

Ziel der Spielleitplanung ist es, all die Räume, die von Kindern und Jugendlichen genutzt und gemocht werden, zu erhalten und wenn nötig zu verbessern. Sofern es darüber hinaus Bedarfe gibt, sollen neue Flächen und Wege geschaffen bzw. für Kinder und Jugendliche attraktiv und nutzbar gemacht werden. Das alles geschieht durch eine Karte, auf der die relevanten Bereiche verzeichnet sind und die, sobald sie besiegelt ist, bei allen städtischen Planungen, Entscheidungen und Umsetzungen immer zu Rate gezogen werden muss. Weil dieser so genannte Spielleitplan den Status eines Fachplans besitzt, steht er nicht hinter den Planungen anderer Ressorts zurück. So bekommen die Belange von Kindern in der Abwägung endlich eine ebenso hohe Wertigkeit wie sie zum Beispiel der Verkehr oder die Erschließung von Rohstoffquellen längst haben.

Kinder als Experten

Das Besondere und Bemerkenswerte an diesem stadtplanerischen Verfahren ist aber nicht nur die Verbindlichkeit, sondern auch der Entstehungsprozess des Plans, denn er bricht mit der immer noch üblichen Erwachsenen-Kinder-Hierarchie. Anstatt des Erwachsenengesprächs über Kinderinteressen kommen Jungen und Mädchen hier selbst zu Wort. Durch Betei-

Spielleitplanung als ein Weg, Kinder zu berücksichtigen und Familien zu begeistern.

In einer Karte markieren die Kinder die für sie bedeutenden Orte

ligungsmethoden wie Streifzüge, Fotosafaris und Modellbauaktionen können Kinder und Jugendliche zeigen, wo es hakt und welche Orte sie warum mögen, wo es was es zu verändern gilt und was sie sich wünschen. Planerische und pädagogische Fachkräfte werden zwar hinzugezogen, Kindern aber keineswegs übergeordnet. Bestenfalls haben sie nur rahmengebende und unterstützende Aufgaben, während die Kinder als Experten tätig sind.

Leider ist eine Beteiligung, die kindgerecht sein will und darum nicht durch Umfragen und Bürgerversammlungen erfolgen kann, sondern auf aktive und bewegte Weise vonstatten gehen muss, kostspielig und das ganze Verfahren sehr zeitintensiv.

Vor allem Letzteres stellt ein Problem dar, weil die Aufmerksamkeitsspanne von Kindern wesentlich kürzer als die Erwachsener ist. Wenn, aufgrund der langen bürokratischen Wege, ein Jahr nach der Beteiligung noch keine Maßnahmen erfolgt sind, ist das für Kinder eine Ewigkeit und es erweckt schnell den Anschein, als seien alle Mühen umsonst gewesen und das Projekt gescheitert. Dem lässt sich mit Starterprojekten entgegen wirken. Kleine Maßnahmen, wie zum Beispiel neue Bänke, setzen keinen großen finanziellen oder politischen Aufwand voraus, zeigen aber, dass sich etwas bewegt.

Das Geldproblem stellt sich vorerst vielleicht schwierig dar, relativiert sich bei langfristiger Betrachtung aber schnell, weil die Spielleitplanung den ökonomischen Schwierigkeiten auf Dauer sogar merklich entgegensteuern kann. Ist eine Kommune nämlich besonders kinder- und jugendfreundlich, so lockt sie nicht nur Familien, sondern auch Unternehmen an. Denn diese müssen neben dem Job auch ein attraktives Wohnumfeld bieten, wenn sie in Zeiten des Fachkräftemangels hoch qualifizierte Mitarbeiter anziehen und halten wollen. So wird Kinderfreundlichkeit zu einem bedeutenden weichen Standortfaktor.

Wahrscheinlich ist außerdem, dass eine familienfreundliche Stadt dem Abwanderungs- und Suburbanisierungseffekt Einhalt gebieten könnte, da zumindest durch die Familiengründung hervorgerufene Abwanderungen ins Umland abnähmen. Das wiederum bedeutete weniger Zersiedelung und damit ein Plus für die Ökologie sowie die gesamte Siedlungsentwicklung.

Mitsprache

Das bürgernahe Verfahren der Spielleitplanung ist außerdem demokratiefördernd, weil es Menschen bereits in jungem Alter mit Partizipation vertraut macht, und weiß zu guter Letzt auch noch mit der Heterogenisierung der Bevölkerung umzugehen. Da bei einem Rückgang der Geburten konstant Zuwanderung nach Deutschland stattfindet, wird die Gesellschaft kulturell, religiös und sprachlich immer vielfältiger. Soll aus dieser Entwicklung geschöpft werden und daraus kein Problem, sondern ein Gewinn erwachsen, so erfordert das insbesondere auf kommunaler Ebene Integration, Förderung und gesellschaftliches Engagement. Die Spielleitplanung antwortet darauf mit einem Appell an alle Bewohner, sich einzubringen. Wenn Kinder zusammen ihren Stadtteil erforschen und die Bedürfnisse Einzug in die Planung erhalten, fördert das die Kommunikation, die Gemeinschaft und die Identifikation mit bzw. das Verantwortungsgefühl für diese Gemeinschaft.

Spielleitplanung ist demzufolge sowohl ein angemessenes Mittel für Kommunen, um als lebenswerter Familienwohnort und starker Wirtschaftsstandort konkurrenzfähig zu sein, als auch ein Programm, um sozialen Herausforderungen zeitgemäß zu begegnen. Am wichtigsten aber bleibt, dass sie Kindern und Jugendlichen zumindest im Bezug auf den öffentlichen Raum endlich eine Stimme verleiht, die ihnen in Wahlen bisher verwährt bleibt.

Vera Buttmann, 21, studiert Stadtplanung in Berlin

Erziehung zur Demokratie in der Schule

Die repräsentative Demokratie ist eine Staatsform. Unsere Staatsform.

Und was ist das? Na da sind Politiker. Die werden gewählt und die Politiker, die machen dann die Politik.

Gaaanz einfach.

Nein. Denn zu einer Demokratie gehört viel mehr. Ein Anspruch: Fähige WählerInnen.

Heißt: BürgerInnen fällen auf Grundlage sachlicher Informationen, die nicht widersprüchlich sind rationale Entscheidungen.

Die Basis hierfür ist zunächst ein grundlegendes Wissen über politische Vorgänge und aktuelle politische Geschehnisse. Wo lernt man das, wenn man jung ist? Klar, in der Schule!

Alle deutschen Schulen haben die Befähigung der SchülerInnen zur Demokratie sogar fest in ihren Schulgesetzen verankert. Die Aufgabe ist dabei dem Politikunterricht zugewiesen.

Er hat also die Aufgabe, SchülerInnen für die Partizipation an unserem System zu gewinnen.

Doch erfüllt der Politikunterricht den Anspruch, SchülerInnen genügend Wissen in interessanter Form zu vermitteln, sie a. Für Politik zu begeistern und b.sie zu einem vernunftsgesteuerten Urteil bei einer Wahl zu befähigen?

Wir leben heute in einer komplexen Politikwelt. Informationen hier und da und noch ein Häppchen.

Um ein Thema umfassend zu betrachten, braucht man ganz viel davon. Das kann für die SchülerInnen schnell überfordernd werden. Die meisten SchülerInnen stempeln Politik so als zu komplex und die Wege zu durchworren ab. Sie steigen schlichtweg nicht durch.

Es bleiben noch rund 39% aller Jugendlichen die sich das Interesse an der Politik noch bewahren(Shell-Studie 2006). Ist das wirklich der Grund für das geringe Interesse an der Politik?

Bildungswissenschaftler sagen ja: Je mehr ein jugendlicher über Politik wüsste, desto größer sei auch dessen Engagement. Folglich sei bei einem geringen Engagement auch ein mangelndes Wissen vorhanden.

Auftrag Nr. 1 an die politische Bildung lautet also: Mehr Politikunterricht, der auf interessante Art und Weise politische Themen in umfassender Weise behandelt.

Es werden allerdings auch immer mehr Stimmen laut, die den Politikunterricht nicht als ausreichend betrachten, SchülerInnen zur Partizipation am Gemeinwesen zu ermutigen.

Eine positive Einstellung zum Gemeinwesen erlange derdie SchülerIn vielmehr dadurch, Demokratie so früh wie möglich im unmittelbaren Umfeld selbst zu erfahren.

Das lernt man natürlich nicht im Politik-Unterricht. Die Schule soll als Umfeld erlebt werden, in der man Möglichkeiten hat, sich selbst zu engagieren und zu erfahren, warum es sich lohnt, sich zu beteiligen, zu engagieren.

Und, in der Raum ist, seine eigene Meinung zu finden und zu verteidigen.

Demokratie lernen durch eine Demokratische Kultur in der Schule, wo auf eigenes Engagement gesetzt und wo nicht auf das sture Hören der Autorität des Lehrers gesetzt wird.

Der Staat sollte der Schule den Auftrag zur „Erziehung zur Demokratie“ also nicht nur auf den Politikunterricht beschränken, sondern ihn an die Schule als Schule geben und eine Schule schaffen in der Kinder lernen Entscheidungen zu treffen und sie auch zu verteidigen.

Das kann in demokratischen Schulparlamenten sein, wo Schulbezügliche Entscheidungen gemeinsam mit allen SchülerInnen diskutiert und von ihnen getroffen werden, oder sich eben einfach in der Athmosphäre und Debattenkultur der Klassen widerspiegeln.

Im Folgenden werde ich nun zwei Projekte vorstellen, die im Rahmen des BLK-Programms „Demokratie lernen und leben“ zwischen den Jahren 2002 und 2007 stattfanden an rund 150 Schulen und sich zum Ziel gesetzt haben, Schüler für die Mitbestimmung an der Gesellschaft zu sensibilisieren.

Service Learning

Service-Learning ist eine Unterrichtsmethode, in der Erlernen von Wissen mit gesellschaftlichem Engagement mit verbunden wird.

Das kann in der Praxis so aussehen, dass Grundschulkinder die gerade betontes Vorlesen üben, in einer Bücherei einen Vorleseabend für Kleinkinder veranstalten, wenn in dieser Bücherei gerade der Veranstaltungskalender rar gefüllt ist.

Oder dass ein Musik-LK, der gerade „Musiktherapie“ durchnimmt, ein Wohnheim für Behinderte besucht und mit den BewohnerInnen gemeinsam musiziert.

Klingt gut- aber was hat das mit Demokratie zu tun?

1. Durch gesellschaftliches Engagement erfahren die Schüler, dass sie etwas bewirken können, wenn sie sich engagieren. Wie in diesen Praxisnahen Beispielen so auch in der Politik.

2.Die Kinder werden für die Bedürfnisse anderer sensibilisiert. Voraussetzung für politisches Engagement ist das Interesse am Gemeinwohl.

Das „deliberative Forum“

Im Deliberativen Forum entscheidet sich eine Schülergruppe zunächst für ein komplexes und kontroverses politisches Thema. Einige Schüler bereiten dann dieses mehrstündige oder mehrtätige Forum vor.

Zu diesem Forum werden zunächst Fachexperten und Politiker geladen, die angehört, befragt und schließlich zur Diskussion bereit stehen. Anschließend setzen sich die Schüler in Kleingruppen zusammen und „deliberieren“.

Deliberieren bedeutet, dass man auf gleicher Ebene, vernunftgeleitet miteinander diskutiert und dabei auf eine für alle tragfähige Lösung hinarbeitet.

Jeweils zu Beginn und zum Ende der Veranstaltung wird ein Fragebogen ausgeteilt der Wissensstand und das Meinungsbild der SchülerInnen abfragt, die Entwicklung zu analysieren: Die Ergebnisse sind vielversprechend: Das Wissen in einem Themenkomplex stieg bei einer Frage bspw. Von 13% auf 83%, der politische Gesinnungswandel zuhauf, nachdem sie an dem Debilarationsforum teilgenommen haben. Am Anfang basierte ihre politische Gesinnung noch auf oberflächlichen Informationen, hinterher auf fundiertem Wissen und einer differenzierten Auseinandersetzung.

Der Versuch zeigt also auf, wie wichtig eine intensive Auseinandersetzung mit politischen Themen ist, sich ein Urteil zu bilden zu können, das aus rationaler Sicht begründet ist. Und die Schule kann hier einen wichtigen Baustein legen, die Kinder hierbei zu unterstützen, in dem sie beispielsweise solcherlei Projekte nach der Testphase nicht zur Akte legt sondern weiter fördert und die Schulen, denen das zu viel Aufwand ist, vielleicht auch einmal dazu „zwingt“. Denn bisher hängt die Durchsetzung von Projekten mehr an dem Engagement einzelner LehrerInnen- und das lässt, das kennen wir ja alle,oft zu wünschen übrig.

Weiterführende Links/Literatur:
http://www.servicelearning.de/
http://www.bpb.de

Anna Sliwka, Silvia Lauble, Susanne Frank: BLK-Programm „Demokratie lernen und leben“ Das Deliberationsform als neue Lernform: Wissens-,Meinungs- und Konsensfindung zu gesellschaftspolitischen Themen verstehen und gestalten

Gwen ist 19, wohnt in Hannover und denkt, dass Schule einen wichtigen Beitrag leisten kann, Schüler zur Mitbestimmung an der Gesellschaft zu bewegen!

Überdurchschnittlichkeit

Wenn wir uns für individuelle Förderung von Kindern in der Schule einsetzen, sollte dabei auch eine spezielle Hochbegabtenförderung vorkommen.

Was ist Hochbegabung?

Zwei Prozent aller Kinder sind hochbegabt, auf dem Gymnasium ist es ungefähr einE SchülerIn pro Klasse. Nicht immer sind es die HochleisterInnen, also die SchülerInnen mit besonders guten Noten, die hochbegabt sind. Einen besonders hohen Intelligenzquotienten (IQ) – darüber definiert sich die Hochbegabung – kann der Klassenclown ebenso haben wie der sozial isolierte Typ in der letzten Reihe, der nachmittags den städtischen Liniennetzplan auswendig lernt. Das Klischee vom hochbegabten Minderleister und Schulversager ist leider immer noch viel zu oft Realität.

Sicher ist, dass Hochbegabung eine weit über dem Durchschnitt liegende intellektuelle Begabung ist, die sich mit einem IQ-Test ermitteln lässt. Ein IQ-Test enthält Zahlenreihen um die numerische Kompetenz zu bestimmen, aber auch das Sprachverständnis wird getestet, was dazu führen kann, dass Kinder von MigrantInnen benachteiligt werden.

Schule und Hochbegabung – die aktuelle Situation

Vor der Einschulung sind hochbegabte Kinder oft besonders interessiert an geistiger Stimulation, was sich in einem besonders großen Wortschatz oder dem Interesse für altersuntypische Beschäftigungen äußern kann. In der Schule kommt es dann oft zur Unterforderung der betroffenen Kinder. Während das bei Jungs typischerweise zu Leistungsverweigerung und Unterrichtsstörungen führt, neigen Mädchen öfter dazu, sich anzupassen und möglichst wenig aufzufallen. Spaß an der Schule und gute schulische Leistungen stellen sich dann oft erst ein, wenn es Motivation und eine fördernde Umgebung gibt, was natürlich für alle anderen Kinder genauso gilt. Dennoch bedarf es spezieller Förderung für Hochbegabte, die dafür sorgt, dass sich intelligente Kinder gemäß ihrer Veranlagung entwickeln können. So sollten Fragen, die über den Unterrichtsstoff hinausgehen, nicht als irrelevant abgetan werden und die weit verbreitete negative Einstellung gegenüber Hochbegabung sollte überdacht werden. Hochbegabte Kinder und deren Eltern (sofern sie um die Hochbegabung wissen und sich um eine Förderung bemühen) sind nicht zwangsläufig arrogant und es muss sich kein Lehrer minderwertig fühlen, nur weil es besonders intelligente Kinder gibt.

Wie könnte eine angemessene Förderung aussehen?

Es gibt mittlerweile einige Vereine, die sich für die Förderung von hochbegabten Kindern (und auch älteren Menschen) einsetzen. Am bekanntesten ist der weltweit aktive Hochbegabtenverein Mensa, der auch flächendeckend IQ-Tests durchführt. Es mangelt jedoch an der Förderung von hochbegabten Kindern in der Schule, die deshalb so kompliziert ist, weil sie keinesfalls mit dem Herabsetzen von normalbegabten Kindern einhergehen darf. Es wäre sicher nicht verwerflich IQ-Tests für Kinder auch in der Schule, begleitet durch eineN Psychologln, durchzuführen, um die Hochbegabung zu erkennen. Jedes Kind ist individuell und hat spezielle Bedürfnisse. Allen Kindern gleichermaßen gerecht zu werden, kann nur mit der Einsicht gelingen, dass es unterschiedliche Entwicklungen gibt. Jahrgangsübergreifendes Lernen gehört zu den Dingen, die die Grüne Jugend seit Jahren fordert. Wenn sich ein Kind für den Unterrichtsstoff der höheren Klassen interessiert, ist das etwas Positives und wenn es in der Lage ist komplexe Zusammenhänge anderen SchülerInnen zu erklären ist das umso besser.

Demokratische Schulen, die viele weitere Vorteile bieten, könnten auch für hochbegabte Kinder eine große Chance sein: Denn gerade sie haben oft das Bedürfnis alles selbst zu organisieren und sind auf der Suche nach eigenen Wegen. In konventionelle Schulstrukturen passen diese Eigenschaften oft nicht hinein, sie werden eher unterbunden als gefördert. Hochbegabtenförderung darf kein Tabu-Thema sein, schon gar nicht bei der Grünen Jugend, die die besten Ideen dafür schon lange in der Tasche hat.

Karolina Ziehm (22), studiert in Bremen Bauingenieurwesen und setzt sich seit langem für demokratische Schulen ein.

ANZEIGE

Neulich im Landtag

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
im Landtag Niedersachsen
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
Tel. 0511/3030-4207
Email: gruene@lt.niedersachsen.de
www.gruene-niedersachsen.de

Nach der Tragödie von Winnenden: Die Gesellschaft braucht weniger Waffen!

von Ralf Briese, *Landtagsabgeordneter*

Es gibt nach einer so grausamen Tragödie – nach einem unfassbaren Verbrechen – keine schnellen oder einfachen Lösungen. Es bleibt immer etwas Unerklärliches und Unverstehbares, wenn Menschen wahllos töten. Der Mensch bleibt ein großes und manchmal dunkles Geheimnis und lässt sich in kein einfaches Raster pressen.

Aber, die Politik ist trotzdem aufgerufen, ja verpflichtet, nach einem Mord an 15 Menschen, über Ursachen, Prävention und Risikominimierung zu diskutieren.

Ich finde, der SPIEGEL vom 23.4.2009 stellt wichtige, richtige und provokante Fragen:

- Warum braucht diese Gesellschaft derart viele Waffen im Privatbesitz?
- Warum haben wir über 10 Millionen! – eine unglaublich hohe Zahl – Waffen in privater Hand?
- Warum muss eine Familie 16 Gewehre und Handfeuerwaffen im Haus haben und dazu mehrere hundert Schuss Munition?
- Wofür?

Das hat mit Vernunft, mit Verstand und mit Mäßigung nichts mehr zu tun! Und es gehört doch zur Wahrheit dazu, dass alle Amokläufe in den letzten zehn Jahren in Deutschland – und wir hatten jetzt schon fünf davon! – mit legalen Waffen verübt worden sind. 15 Menschen wurden getötet, viele schwer verletzt, manche traumatisiert für ihr Leben. Das muss endlich Konsequenzen haben!

Innenminister Schünemann ist sonst nicht bange und verlegen nach Verboten und Kontrollen zu rufen, sei es bei PC-Spielen, Alkohol- oder Moscheekontrollen. Gerne betont er das Gewaltmonopol des Staates und das Recht auf Leben und Sicherheit! Warum ist er so seltsam stumm, wenn es um das Waffenrecht geht? Warum fordert er monatlich PC-Spiele-Verbote, aber blendet aus, dass Menschen mit echten Waffen getötet werden?

Wir müssen endlich zu einer aufgeklärten Kriminal- und Präventionspolitik kommen!

Die Grünen versperren sich einer Diskussion um gewaltverherrlichende PC-Spiele nicht. Vielleicht müssen tatsächlich noch mehr Spiele auf den Index. Es existiert in der virtuellen Welt viel Sonderbares und Fragwürdiges. Aber gleichzeitig müssen wir dann auch die Zahl der Waffen in dieser Gesellschaft deutlich reduzieren. Und es muss schärfere Regeln für die Aufbewahrung geben: Waffen und Munition müssen zukünftig getrennt gelagert werden.

Es ist doch Wahnsinn, dass in diesem Land Waffeninteressen über Lebensinteressen stehen.

In der FAZ vom 23.4.2009 steht der überzeugende Satz: Der Hinweis auf das Nichtverhinderbare ist das bequeme konservative Argument aller Besitzstandwahrer. Die Waffenlobby führt es

Ralf Briese,
innenpolitischer Sprecher der Grünen Landtagsfraktion

derzeit besonders frech und frivol im Munde.

In Schottland hat 1997 ein Mann 16 Menschen getötet – und danach war Schluss mit falscher Liberalität und Waffen. Opferverbände und betroffene Familien haben danach Konsequenzen gefordert. Rigoros hat die Regierung dann das Waffenrecht verschärft! Es gab seither in England keinen Amoklauf an Schulen.

Wir können Leben retten und Schulen sicherer machen, wenn wir endlich diesen kindischen Waffenkult eindämmen. Wir müssen über Werte reden: über richtige und falsche Werte in diesem Staat und in dieser Gesellschaft.

Falsche Waffen und echte Waffen sollten wir endlich aus unseren Häusern verbannen.

Grundlage dieses Artikels ist die Rede von Ralf Briese zur Aktuellen Stunde der Grünen: „Nach der Tragödie von Winnenden: Die Gesellschaft braucht weniger Waffen“ am 25.23.2009.
Mehr Infos: www.ralf-briese.de
www.gruene-niedersachsen.de

Abtreibung – Eine Entscheidung zwischen Leben und Tod

Wann fängt das menschliche, mit Rechten versehene, Leben an? An dieser Frage scheiden sich weltweit die Geister. Der Papst als Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche definiert jeden menschlichen Embryo als gottgewolltes Wesen und verleiht ihm somit das Recht auf Leben. Die gleiche Meinung wird auch von weiteren Religionsgemeinschaften vertreten. Selbst der Schutz vor Schwangerschaft durch Verhütungsmittel ist in einigen Ländern dieser Welt aus fundamental religiöser Sicht der jeweiligen Regierung untersagt.

Gerade in Armut geprägten Ländern bringt dies schwerwiegende Probleme mit sich. Wenn Eltern kaum sich selbst, bzw. ihre Familie ernähren können, ist jedes Kind, das sie in eine Welt setzen, die für sie vom Überlebenskampf geprägt ist, eine weitere Herausforderung. Elterliche Fürsorge und das Gefühl geliebt zu werden erfahren viele nicht.

Das göttliche Rezept dagegen soll ein bewussteres Sexualverhalten sein. Diese Erkenntnis hat Papst Benedikt XVI. auf seiner missionarischen Afrika-Reise Mitte März diesen Jahres deutlich ausgesprochen. Doch ist dies nicht ein wenig realitätsfern gedacht?

Afrika hat weltweit die größte Anzahl HIV positiv kranker Menschen. Die offizielle Vergewaltigungsrate ist hoch – die Dunkelziffer unschätzbar. Eine unbeschwerte Kindheit hat in den Armutsregionen von Afrika kaum jemand. Sie leben, arbeiten und sterben oftmals auf der Straße.

Reicht es wirklich „gutgläubig“ an eine bessere Welt zu hoffen und an jene zu appellieren, um diesen Zustand zu ändern? Viele Menschen sind da anderer Meinung. Die Nutzung von Verhütungsmitteln sollte global für straffrei erklärt werden und Abtreibung an jedem Ort möglich. Schließlich stirbt, laut Angaben der WHO, alle sieben Minuten auf der Welt eine Frau an den Folgen eines unsicheren Schwangerschaftsabbruchs. Illegale Abtreibung, die auf Kosten der Leben von Frauen gehen, ist ein lukratives Geschäft geworden.

Aber selbst wenn die Gesetze sich weltweit zugunsten der Selbstbestimmung der Frau ändern und wenn freiheitliche Selbstbestimmung in Gottes Namen möglich wäre und somit der moralische Zwiespalt vieler Gläubigen genommen wäre, blieb dennoch eine kulturell bedingte Vorstellung. Die Mutterrolle wird oftmals als Lebensinhalt der Frau betrachtet. Und dies nicht nur in anderen Ländern sondern auch in Deutschland der Fall.

Die konservative Rollenvorstellung einer Familie widerspricht der emanzipierten Karrierefrau. Auch hier, in einem Land indem Abtreibung bis zur 12 Woche legal ist, Verhütungsartikel frei erhältlich sind und viele Gläubige dies auch mit ihrem Gewissen vereinbaren können, ist Abtreibung moralisch umstritten.

Auch die Grüne Jugend Bremen hat hierzu eine gespaltene Meinung. Abtreibungsgegner argumentieren unter anderem mit folgenden Argumenten: Jeder heranwachsende menschliche Fötus habe das Recht auf Leben. Durch das deutsche soziale Sicherungsnetz muss keiner in Deutschland hungern und falls das Kind Misshandlung erfährt oder nicht in die aktuelle Lebenslage der Eltern hinein passt, gibt es die Möglichkeit es zur Adoption frei zu geben. Mit dem Verbot von Abtreibung möchten sie verhindern, dass diese Möglichkeit dazu genutzt wird, dass gewünschte Geschlecht des Kindes festzulegen, d.h. das andere Geschlecht nicht auszutragen und hoffen, dass das nächste den Vorstellungen entspricht. Zudem ist bewiesen, dass mehr Föten mit Behinderungen als gesunde Heranwachsende abgetrieben werden. Man selektiert also schon im Mutterleib. Um einen Weg ohne Abtreibung gehen zu können, gibt es in Deutschland Hilfsangebote, die Alternativen aufzeigen. Zum Beispiel Birke e.V. – eine Hilfsorganisation die „pro life“ Wege bieten kann.

Abtreibungsbefürworter hingegen argumentieren damit, dass die Selbstbestimmung der Mutter und ihres Körpers gewahrt werden muss. Wenn eine Frau aufgrund ihres Gewissens kein Kind in ihrer Fürsorge und Verantwortung belassen möchte und es aber auch nicht übers Herz bringt, ihr Fleisch und Blut zur Adoption frei zugeben, dann darf sie nicht gezwungen werden, in eine weder für sie, noch für das Kind adäquate Lebenssituation gebracht zu werden. Die Abtreibung in Deutschland wird unter guter medizinischer und psychologischer Betreuung betrieben. Zum Beispiel durch Pro Familia. Diese Organisation stellt das Wohl der Mutter und die Zukunft des Kindes in den Mittelpunkt, schließt die Möglichkeit der Abtreibung jedoch nicht kategorisch aus.

Wie viele Menschen in Deutschland trotz unsere Sozialstaates nicht in der Lage sind, ihr eigenes Leben, geschweige denn, dass ihrer Kinder verantwortungsvoll zu gestalten, ist im vergangenen Jahr leider oftmals sichtbar geworden. Die Medienberichterstattung riss gar nicht mehr ab. Ob es der kleine Kevin in Bremen war, dem ein schweres Schicksal ereilte oder viele andere, die keine Liebe, Geborgenheit und Fürsorge erfahren haben. Sie lebten verwahrlost, ihnen wurde zum Teil physische Gewalt angetan und leider kamen einige von ihnen ums Leben. Die gleichen Menschen, die es ihnen Geschenkt hatten, nahmen es ihnen – oftmals auf einem langen schmerzhaften Weg – wieder weg. Fragt man sich in solchen Momenten nicht warum sie es ihnen zunächst „geschenkt“ haben? Obwohl Abtreibung in Deutschland legal ist, ist es teilweise gesellschaftlich nicht anerkannt. Viele Frauen trauen sich nicht den Weg zu gehen, andere quält das Gewissen, und wieder andere unterschätzen die Rolle und Verantwortung, die Eltern haben. Hilfsangebote sind vorhanden, werden aber z.T. auch aus Schamgefühl nicht genutzt.

Es geht bei dieser Diskussion wohl „nicht nur ums Leben, sondern auch darum, ob es ein Leben ist“.

Das Kindeswohl muss bei dieser Diskussion im Mittelpunkt stehen, ob in dritte Wellt Ländern oder in demokratischen Wohlfahrtsstaaten. Verhütungsmittel müssen global legal vorhanden sein. Abtreibung muss, aus meiner Sicht unter strengster ärztlicher und psychologischer Betreuung eine Option sein, andere müssen aber zur Alternative gestellt werden.

Sara Dahnken studiert Politikwissenschaften an der Uni Bremen und ist Mitglied der GJHB

Bremen und die Kinder- und Jugendhilfeplanung

Auch unter Rot-Grün werden die gesetzlichen Verpflichtungen nicht umgesetzt

Jugendhilfe bildet die Grundlage der öffentlichen Unterstützung und Förderung zur Erziehung. Ziel des Kinder- und Jugendhilfegesetzes ist es, eine Entwicklung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit zu ermöglichen. Die Jugendhilfe ist also eine wichtige und notwendige öffentliche Daseinsvorsorge. Sie unterliegt damit der staatlichen Sozialleistungsgarantie (Art. 74 Nr. 7 GG).

Anders als in der öffentlichen Wahrnehmung geht die Jugendhilfe aber über das bloße Beheben und Umsorgen von Problemfällen hinaus. Der Schutz des so genannten Kindeswohls bleibt zwar eine der wichtigsten Aufgaben der Jugendhilfe, aber die Aufgaben freier und öffentlicher Träger gehen weit darüber hinaus. Der Begriff Jugendhilfe bezeichnet eigentlich alle Angebote, Leistungen und Institutionen, die dem Schutz, aber auch der Förderung von Kindern und Jugendlichen, sowie ihrer Familien dienen. Die wesentlichen Elemente der Jugendhilfe sind im achten Sozialgesetzbuch (SGB) geregelt, welches traditionell auch als Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) bezeichnet wird und im Jahre 1990 novelliert wurde.

In diesem achten Sozialgesetzbuch schreibt der Gesetzgeber den Kommunen auch eine Planung der Kinder- und Jugendhilfe verbindlich vor. Diese soll ein koordiniertes Zusammenwirken aller an der Jugendhilfe beteiligten Institutionen ermöglichen und ein regionalspezifisches Angebot garantieren. Die Jugendhilfeplanung ist also vom Gesetzgeber als Basis einer professionellen Durchführung von Jugendhilfeaufgaben vorgesehen.

An der Umsetzung hapert es jedoch vielerorts bis heute. So auch in der Hansestadt Bremen. Ein Skandal, wie viele Sozialwissenschaftler meinen. Unter ihnen auch Herr Prof. Dr. Bettinger vom Institut für Kritische Sozialarbeit in Bremen, der den Verantwortlichen sogar Rechtsbruch vorwirft, da es in Bremen noch nicht einmal eine belastbare Jugendhilfebedarfserhebung gäbe. Diese sei allerdings Grundlage einer ordentlichen Jugendhilfeplanung. (www.bremische-bürgerschaft.de)

Tatsächlich schreibt das Gesetz zur Jugendhilfeplanung im Rahmen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes eine solche Bedarfsermittlung klar und deutlich vor. Darüber hinaus sind darin auch alle weiteren Aufgaben der Kommunen zu einem Planungsverfahren der Jugendhilfe definiert. Demnach besteht eine adäquate Jugendhilfeplanung aus drei Bestandteilen.

Zunächst ist demzufolge eine einfache Bestandsaufnahme aller zur Jugendhilfe gehörenden Dienste und Einrichtungen notwendig. Damit soll sichergestellt werden, dass die entsprechenden Einrichtungen untereinander besser vernetzt werden können und beispielsweise die Jugendämter über die gesamte Breite von Angeboten freier Träger und deren Aktivitäten Bescheid wissen und Ressourcen optimal ausgeschöpft werden können.

Weiterhin soll die Jugendhilfeplanung nach dem achten Sozialgesetzbuch den tatsächlichen Bedarf an Jugendhilfemaßnahmen und Einrichtungen ermitteln. Das Gesetz impliziert hier auch, dass eine solche Bedarfsfeststellung innerhalb mittelfristiger Zeiträume wiederholt werden muss. Außerdem fordert das Kinder- und Jugendhilfegesetz an dieser Stelle eine aktive Partizipation der Betroffenen ein. Für die Jugendhilfeplanung ist also eine regelmäßige empirische Datenerhebung notwendig. Dies soll verhindern, dass Angebote der Jugendhilfe an den Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen vorbei geplant werden, wie dies in der Vergangenheit leider viel zu oft der Fall gewesen ist. Viel mehr sollen die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen unter deren Mitwirkung in regelmäßigen Abständen erfasst werden, damit entsprechende gezielte Maßnahmen ergriffen werden können und uneffiziente Projekte nicht unnötig das Qualitätsniveau der Jugendhilfe senken.

Abschließend verpflichtet das Gesetz zur Jugendhilfeplanung die Verantwortlichen auf kommunaler Ebene geeignete Mittel zur Bedarfsbefriedigung zu finden. Neben der Deckung, der aus dem vorausgegangenen Feststellungsverfahren bekannten Bedarfs, müssen dazu auch Vorkehrungen getroffen werden, um unvorhergesehene Dienste realisieren zu können.

Trotz des eindeutigen Auftrags an die Kommunen eine solche Planung zu erstellen und dieser klar umrissenen Aufgaben, die im Rahmen dieser durchzuführen sind, hat sich die Bremer Politik bisher kaum um diesen offenkundigen Mangel in der Umsetzung dieses Rechtsanspruches gekümmert. Dabei wäre dies die Grundlage um eine Qualitätsentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe in Gang zu setzen, so wie dies nach dem spektakulären Fall des zu Tode gekommenen Kevins im Jahr 2006 von allen Fraktionen propa-

giert wurde. Stattdessen wurde seit damals eine Vielzahl unkoordinierter Einzelmaßnahmen umgesetzt, deren Eignung und Wirksamkeit oft fraglich bleibt.

Auch die seit 2007 im Amt befindliche Rot-Grüne Landesregierung, welche eigentlich als Aufsichtsorgan für die Umsetzung eines Jugendhilfeplanungsverfahren auf kommunaler Ebene eintreten sollte, hat bisher kaum Aufhebens um diesen Missstand gemacht. Dies ist kaum verwunderlich, wenn man bedenkt, dass durch die Besonderheiten Bremens als Stadtstaat die Senatoren gleichzeitig Landes- und Kommunalregierung bilden. Fatal ist allerdings, dass durch diesen Verlust der Trennung von Kontrollinstanz und ausführender Gemeinde, keine adäquate Jugendhilfeplanung in Bremen existiert.

Ein Umstand, der von Sozialwissenschaftlern zwar immer wieder angeprangert wird und der die Jugendhilfe mehr wie einen Flickenteppich denn wie ein geordnetes Konzept erscheinen lässt, der aber von Politikern aller Fraktionen, auch der der Grünen, beflissentlich übersehen wird.

Leidtragende dieser Versäumnisse sind nach Einschätzung von Herrn Prof. Dr. Bettinger vor allem die 30.000 Bremer Kinder und Jugendlichen, welche unterhalb der Armutsgrenze leben und die ohne eine geordnete Hilfeleistung nicht die Unterstützung bekämen, die

ihnen zustünde. So sagte Herr Bettinger im vergangenen Jahr, das Bremer Jugendhilfesystems sei ein „gigantischer ‚Reparaturbetrieb', der in keiner Weise geeignet ist, die Auswirkungen der hochgradig prekären Lebenslagen von gut einem Drittel allen Bremer Kinder und Jugendlichen beheben zu können." (www.bremische-bürgerschaft.de)

Doch warum kümmert sich die Bremer Senatorin für Soziales und Jugend, Frau Rosenkötter, nicht um diese offenkundigen Versäumnisse in der Kinder- und Jugendpolitik?

Zunächst einmal zieht sich die senatorische Stelle gerne aus der Verantwortung, denn die Umsetzung der Kinder- und Jugendhilfeplanung obliegt gemäß § 71 II 2 dem Jugendhilfeausschuss. Hierbei handelt es sich um ein Gremium, das sich zu 3/5 aus Vertretern der öffentlichen Jugendhilfe, also vornehmlich Mitarbeitern des Jugendamtes, und zu 2/5 aus Vertretern der freien Jugendhilfe, also im Wesentlichen aus Mitarbeitern der Jugend- und Wohlfahrtsverbände, zusammensetzt.

Nichtsdestotrotz muss es aber Aufgabe der Politik bleiben, nicht nur Aufsicht über die Arbeit dieses zumindest teilweise staatlichen Organs zu führen, sondern auch die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen.

Hierbei offenbart sich allerdings ein weiteres Versäumnis der Behörde von Frau Rosenkötter, denn die Durchführung einer Jugendhilfeplanung ist nicht zum Nulltarif zu haben. Schon eine professionell angefertigte Bestandsaufnahme der momentan verfügbaren Jugendhilfeeinrichtungen hat ihren Preis. Dieses Geld bereitzustellen scheut sich die Behörde aber offenbar. Dabei sollte die Zukunft von jedem dritten zukünftigen Bremer Bürger diese Investition schon wert sein, zumal eine ordentliche Jugendhilfeplanung auch ein Instrument zur Qualitätssicherung ist und dabei behilflich sein kann öffentliche Gelder effizient einzusetzen und somit eigentlich auch Kosten an anderer Stelle zu minimieren.

Dies trifft vor allem freie Träger, die dann möglicherweise ineffektive Einrichtungen schließen müssten. Das dürfte dann auch der Grund sein, warum die Jugend- und Wohlfahrtsverbände sich nicht stärker für ein Einhalten der gesetzlichen Normen zur Jugendhilfeplanung einsetzen.

Stattdessen schließen sich diese Verbände sogar gelegentlich der Argumentation an, eine Jugendhilfeplanung würde den bürokratischen Aufwand im Vergleich zum Nutzen nicht rechtfertigen. Dem gegenüber stehen jedoch nicht nur Erfahrungsberichte aus anderen Städten, sondern auch ein Grossteil der wissenschaftlichen Literatur, die zu diesem Thema zu finden ist. So zum Beispiel bei Christian Schrapper, der in seinem Buch Qualität und Kosten im ASD (Allgemeiner Sozialer Dienst) folgendes postuliert:

„'Jugendhilfeplanung' heißt das Stichwort, in diesem Verfahren ist zwischen BürgerInnen Politik, Trägern und Fachkräften zu verhandeln und zu vereinbaren, welche Mittel für welche Aufgaben örtlich konkret verfügbar sind."

Christoph Krieger, geboren in Lahr (Schwarzwald). Karriere: Vom ausgebildeten Elektroinstallateur zum frischgebackenen Bachelor im Bereich Soziale Arbeit (Hochschule Bremen).

Erziehen! - aber wie?

Doch wen der Herr lieb hat, den züchtigt er, und er schlägt jeden Sohn, den er annimmt.“ (Hebr 12,6) – So steht es schon in der Bibel.

Ist es in der Erziehung also vielleicht doch angebracht, Kinder bei Fehlverhalten zu verprügeln und körperlich zu misshandeln, oder wie einige Menschen es lieber ausdrücken: Ihnen einen „Klaps auf den Po“ zu geben?

Diese Frage braucht mensch nicht lange zu diskutieren : „Nein!“

Seit 2000 ist das Recht von Kindern auf eine gewaltfreie Erziehung gesetzlich festgeschrieben und die Diskussion darum somit augenscheinlich überflüssig geworden. Dennoch fragen sich viele Menschen, weshalb heutige Jugendliche, so respektlos und undiszipliniert sind. Liegt ein Zusammenhang zwischen abnehmender Gewalt in der Erziehung und zunehmend asozialerem Verhalten von Jugendlichen nicht auf der Hand? Oder: Wäre nicht zumindest wieder etwas mehr Strenge zuhause angebracht?

Viele Ratschläge und die große Verwirrung

Wer sich heutzutage in Erziehungsfragen nicht sicher ist, findet in jeder Bücherhandlung eine Fülle von Erziehungsratgebern. Doch genauso breit wie die Auswahl an Büchern ist, genauso breit ist auch die Palette an propagierten Erziehungsmethoden. So geht es von Titeln wie „Kinder brauchen Disziplin: Was Eltern tun können“ über „Jedes Kind kann Regeln lernen“ bis hin zu „Erziehung zur Freiheit“.

Eine Auswahl also, die Eltern, die nur nach einzelnen Anregungen suchen, durchaus Orientierung bieten kann. Eine Auswahl andererseits, die ahnungslose Eltern noch stärker verwirren kann.

Doch was folgt nun aus dieser großen Verwirrung?

Das Resultat sieht häufig so aus: Aus allgemeiner Unsicherheit und der Angst Fehler zu machen heraus, erziehen Eltern nicht falsch, sondern es findet häufig, keine klare Erziehung mehr statt.

Viele Eltern scheuen sich, ihren Kindern Grenzen zu setzen und haben andererseits auch Angst davor, ihnen keine zu setzen. Aus diesem Widerspruch resultiert der wohl schwerwiegendste Fehler jeder Erziehung: Inkonsequenz.

Der Kern einer jeden Er- und auch Beziehung (und zwar nicht nur zu Kindern) ist Konsequenz; denn wer inkonsequent ist, wird, verständlicherweise, auch nicht ernst genommen.

Ein Beispiel: Wer seinem Kind sagt: „Wenn du deine Badesachen nicht einpackst, können wir nicht gemeinsam schwimmen gehen.“ und nach zehn Minuten selbst die Badesachen des Kindes packt und gemeinsam mit dem Kind schwimmen geht, kann nicht ernsthaft erwarten, dass er/sie anschließend noch für voll genommen wird.

Ähnlich verhält es sich doch auch in der Politik. Wer nimmt denn heutzutage noch eine SPD ernst, die vor der Wahl „Hip“ sagt und nach der Wahl „Hop“ macht.

Konsequenz, Konsequenz, Konsequenz

Konsequentes Handeln sollte also das oberste Gebot sein; und dabei ist es zuerst einmal auch egal, für welche Erziehungsmethode mensch sich entscheidet. Eine antiautoritäre Erziehung erfordert konsequent antiautoritäres Verhalten, ebenso wie eine autoritäre Erziehung konsequent autoritäres Verhalten verlangt.

Wichtig ist jedoch: Konsequenzen müssen logisch und nachvollziehbar sein. Wer sagt: „Wenn du dein Zimmer nicht aufräumst, bekommst du eine Woche lang Hausarrest!“, zeigt keine logische Konsequenz auf, sondern droht lediglich mit einer Strafe, die in keinem Zusammenhang zur Situation steht. Dem/Der Erwachsenen stellt sich das Problem, dass er/sie diese Strafe vor niemandem begründen kann und das Kind wird so nur verunsichert und handelt nun lediglich aus Angst vor Strafe. Dies ist für keine Beziehung förderlich.

Und doch: Die Konsequenz, die so leicht und schnell gefordert ist, ist doch häufig so unglaublich schwer umzusetzen.

Wem fällt es schon leicht, auf das gemeinsame Schwimmen zu verzichten, nur weil das Kind sich trotz Nachfragen und Bitten weigert, die ollen Badesachen zu packen.

Nichtsdestotrotz ist genau das der Knackpunkt. Konsequenz erfordert viel persönliche Stärke und Durchhaltevermögen. Selbst wenn es sich nur um Lappalien handelt: Wer hier inkonsequent handelt, läuft Gefahr unglaubwürdig zu werden.

Nun mag sich das alles sehr schwierig und anstrengend anhören, und der/die Ein/e oder Andere mag sich fragen: „Muss das wirklich sein, kann ich mir das Ganze nicht einfach sparen?“

Sicher: Es ist auch möglich zu erziehen, ohne sich vorher darüber Gedanken zu machen, wie. Allerdings wirkt sich eine völlig konzeptlose Erziehung selten positiv auf Kinder aus.

Also ein Plädoyer an alle Eltern: Macht euch vorher Gedanken, es wird sich auf jeden Fall lohnen!

Simon Oehlers (19) schreibt bald seine Abschlussprüfungen, ist danach Sozialassistent mit Schwerpunkt Sozialpädagogik und will danach die Ausbildung zum Erzieher beginnen.

Ein Plädoyer für die Freiheit

„Ich erblickte gerade das Licht der Welt, als ein blutrünstiges Monster gierig meinen freien Verstand fraß.“ So oder so ähnlich könnte ein beliebiger Mensch von seiner Geburt berichten. Und tatsächlich sind wir alle Opfer dieses grausamen Verbrechens geworden. Die Täter sind allesamt bekannt und doch genießen sie seit tausenden von Jahren Straffreiheit. Sie verbergen sich hinter niedlichen Fassaden wie Erziehung, hinter Mauern mit knuffigen Blümchen wie der, der Religionen, tarnen sich als Rollen(vor-)bilder, infiltrieren großflächig Parteien, sind die Geldgeber von einschlägigen Fernsehsendern, kommen auch schon mal in Form unschuldig aussehender ErzierherInnen und gar nicht selten auch unter der Maskerade „Mama und Papa“ daher. Ihre Vorgehensweise ist immer die Gleiche: Sie warten auf den Moment der Geburt und stürzen sich dann auf ihre unschuldigen Opfer. Danach ist ihre einzige Aufgabe ihrem Opfer einzutrichtern, dass sie unzertrennlich seien, ja, dass sich das Opfer am Besten gar keine Gedanken mehr machen müsse um die zweifelhafte Beziehung, die mit dem Raub des freien Verstandes begann.

Wer die Täter sind? Jedes Dogma und jedes Manifest. Der portugiesische Dichter Fernando Pessoa schrieb einst: „Die Freiheit, ja, die Freiheit! Die wahre Freiheit! Denken ohne Wünsche, ohne Überzeugungen. Herr sein seiner selbst, unbeeinflusst von Romanen“ und recht hat er. Wahre Freiheit kann nur bedeuten ein wahrhaftig selbstbestimmtes Leben zu führen. Doch wie soll das möglich sein, wenn ein Kind schon nach seiner Geburt keine freie Wahl mehr hat, ob es zum Beispiel getauft werden möchte? Wie soll die wahre Freiheit möglich sein, wenn ein Kind in den meisten Familien nicht einmal die Freiheit hat sich auszusuchen, wann oder ob es sein Zimmer aufräumen möchte, ob es der Tante die Hand geben möchte oder ob es sich an irgendetwas ein Beispiel nehmen möchte? Ganz zu schweigen davon, ob es wie ein Junge oder Mädchen aufwachsen will, oder ganz ohne die indoktrinierten Rollenbilder… Und so erschrecken wir auch nicht mehr darüber, dass die Meinung eines Kindes von der Gesellschaft und dem Staat für nicht ausreichend erklärt wird und dem Kind darum das Grundrecht des Wählens aberkannt wird. Es heißt, ein Kind könne ja noch gar nicht entscheiden was es wolle, ein Kind sei viel zu leicht zu beeinflussen und überhaupt, was verstünde ein Kind schon von der großen Politik. Und diese Schlussfolgerungen scheinen nur logisch, wenn bedacht wird, dass ein Kind ja angeblich nicht einmal entscheiden könne, wann es nützlich ist das eigene Zimmer aufzuräumen. Es zeigt sich wie erfolgreich und präzise Dogmen und Manifeste ihre Verbrechen begehen.

Es ist also zu klären, warum diese Freiheit, also unbeeinflusst von Dogmen und Manifesten zu bleiben, für Kinder so wichtig ist und es für uns als GRÜNE JUGEND so wichtig ist dafür zu streiten: In unserem Verband gibt es noch einige IdealistInnen, die an größere gesellschaftliche Umbrüche glauben, fernab vom politischem Tagesgeschäft (welches dadurch natürlich keineswegs an Wichtigkeit verlieren sollte). Ich bin einer von ihnen. Nun könnte vermutet werden, dass mir ein bestimmtes gesellschaftliches Konstrukt vorschwebt, dass alle diese Missstände gegenüber Kindern und damit jedem Menschen aufheben könnte und das es nun einfach nur noch umzusetzen gilt. Doch da muss ich enttäuschen.

Jedoch möchte ich mit einem Gedankenspiel eine Alternative eröffnen: Angenommen es gäbe Menschen, die versuchen ihre Kinder mit einem Minimum an Dogmen und Manifesten in das Leben zu begleiten und die trotzdem versuchen ihnen zu Helfen einen freien Verstand zu entwickeln, angenommen es gelänge ihnen, mit der Unterstützung von demokratisch organisierten Schulen und sozialen Vereine, die ähnliche Ziele verfolgen und angenommen die Zahl der Kinder, die unter solchen Umständen aufwachsen steigt auf eine relevante Zahl, was würde diese Gruppe von Menschen wollen? Ehrlich gesagt, ich weiß es nicht, und jede Vermutung würde zu einer Spekulation verkommen. Der Erfolg wäre schon alleine das es eine Gruppe gäbe, die die Chance hat frei denkend die Welt zu betrachten und in ihrem Rahmen zu gestalten.

Wie jedes Ideal und jede Idee, die nur ein abstraktes Gedankenspiel sind, muss sich auch diese mit der Realität messen und zugegeben, da ziehen dunkle Wolken an den strahlenden Himmel der Freiheit. Tatsächlich gibt es schon ein paar, wenige Eltern, die versuchen einen freien Verstand zu ermöglichen ohne zu indoktrinieren und zum Beispiel mit Mitteln der Antipädagogik oder der demokratischen Erziehung versuchen ihre Kinder als gleichberechtigte Freunde, Ratgeber und Ansprechpartner zu betrachten. Das ist sicher ein wichtiger Schritt, doch muss sich diese Freiheit mit den Jahren mehr und mehr einem immer noch unfreien Schulsystem beweisen, in dem Kinder nur ein obligatorisches Mitspracherecht gewährt wird, mit dem sie allenfalls ihre Meinung kundtun, aber keinesfalls etwas verändern können. Und die Gefahr kommt auf, dass jedes Bestreben nach einem freien Verstand zunichte gemacht wird. Es wäre absurd zu fordern, dass die Einflussnahme durch Internet und Fernsehen verhindert werden soll. Außerdem gibt es etliche weitere Einflüsse, die dem Bestreben nach einem unbeeinflusstem Verstand entgegenstehen können, wie

beispielsweise der Freundeskreis, die politische Situation, Zeitungen, Bücher, der Fußballverein, die soziale Stellung, die Arbeit und so vieles mehr.

Und trotzdem, wäre es nicht toll dem Ideal des freien Verstandes näher zu kommen? Wäre es nicht die größte Bereicherung für eine Demokratie Menschen in sich zu tragen, die nicht seit ihrem ersten Lebensmoment in Rollen gezwängt werden? Und würde nicht erst dadurch eine wahre Demokratie möglich werden?

Meine These ist also: Wenn wir wirklich etwas Grundlegendes in dieser Gesellschaft verändern wollen, dann führt kein Weg daran vorbei, dass wir unsere Kinder befreien. Wir brauchen Freidenker! Und es führt kein Weg daran vorbei, dass wir als GRÜNE JUGEND ganz aktiv dieser Befreiung politisch den Weg ebnen müssen.

Abschließend soll noch gesagt werden, dass wir natürlich als GRÜNE JUGEND die meisten dieser Probleme schon längst erkannt haben und auch versuchen in vielen Bereichen entgegenzusteuern, als Beispiel die viel debattierte Genderpolitik. Trotzdem soll dieses Plädoyer aufrütteln, so dass wir selbstkritisch unsere eigenen Handlungen hinterfragen und uns überlegen müssen ob unsere politischen Handlungen ausreichen um freies Denken zu ermöglichen.

Lukas Müller, 19, strebt an dieses Jahr sein Abitur in Brake zu machen um danach in der Lebenshilfe seinen Zivildienst zu absolvieren.

Was macht eigentlich der Landesvorstand?

Liebe GJNlerInnen,

seit Mitte Februar arbeitet der neue Landesvorstand und wir haben schon einiges angestoßen. Unsere großen Vorhaben für das kommende halbe Jahr sind Frauenförderung, Ortsgruppenstärkung und natürlich ein starker junggrüner Wahlkampf.

Auch wenn wir ein Verband mit überdurchschnittlich vielen engagierten Frauen sind, fällt doch immer wieder auf, dass sich „unsere Mädels“ oft zurückhalten, wenn es um Kandidaturen und Diskussionsbeiträge geht. Wir wollen daher im kommenden halben Jahr zwei Seminare veranstalten, die sich mit dem Thema der Frauenpolitik, Gender Mainstreaming und Strukturen innerhalb der Grünen Jugend und der Gesellschaft befassen, und so versuchen, Frauen für unsere Politik auf allen Ebenen zu begeistern.

Weiter betreiben wir natürlich die aktive Stärkung der Ortsgruppen, denn diese sind das Fundament unserer politischen Arbeit. In Hildesheim, Jever, Aurich, Delmenhorst und Diepholz wurden im vergangenen Jahr Ortsgruppen gegründet. In Nienburg, Neustadt und Lingen ist dies in Planung. Wir besuchen Euch vor Ort, helfen bei der Planung von Aktionen, geben Tips für die politische Arbeit und informieren Euch über aktuelles innerhalb und außerhalb der GJ. Bei Fragen haben wir jederzeit ein offenes Ohr:

Schreibt uns eine Mail an:
gjn-lavo@gj-nds.de

Oder ruft uns in der Geschäftsstelle an:
0511 12608577

Ein weiterer wichtiger Punkt ist dieses Jahr der Wahlkampf. Die Grüne Jugend Niedersachsen schickt in die Europa- und Bundestagswahl Kandidaten auf aussichtsreiche Listenplätze, die wir durch einen starken Jugend- und Onlinewahlkampf unterstützen wollen. Hierfür werden wir viele Aktionen zusammen mit den Ortsgruppen durchführen, zusammen mit dem Bundesvorstand eine „Hochtour“ quer durch Niedersachsen machen, Online viele Artikel und Pressemitteilungen schreiben und mit Euch allen zusammen von Aktionen, Veranstaltungen und Partys bloggen.

Wenn Ihr Berichte, Artikel, Pressemitteilungen oder Fotos habt, veröffentlichen wir diese immer gerne auf der Website. Schickt Texte und Fotos einfach an webmaster@gj-nds.de. Wir freuen uns sehr, wenn Ihr dieses Angebot verstärkt nutzt und unsere Homepage dadurch noch lebendiger macht.

Wir wünschen uns Feedback, Besuche auf den Landesvorstandssitzungen und freuen uns auf viele aktionsreiche Stunden mit Euch.

Euer LaVo
Anka, Gregor, Simon, Julia, Sven, Jule, Pat

Euer Lavo (von links nach rechts)

Ich bin Julia, Sprecherin der GJ Niedersachsen und befinde mich gerade im Mutterschutz. Meine thematischen Schwerpunkte sind Kinderrechte, demokratische Teilhabe, Bildung und Migration. Falls ihr Hilfe braucht, Fragen zur Landesvorstandsarbeit habt oder Kritik äußern wollt, könnt ihr mir gerne eine Mail schreiben. julia.hamburg@gj-nds.de

Patrick Drenske:
Umwelt. Bildung. Freiheit. Wir brauchen eine zukunftsorientierte Energiepolitik, eine gerechte Schullandschaft und Selbstbestimmung statt Überwachung. Ich bin 23 Jahre alt, Studiere Politikwissenschaft in Hannover und bin leidenschaftlicher Fahrradfahrer.

Ich bin Jule, 20 Jahre alt und studiere Sozialwissenschaften in Hannover. Mein Leben wäre nur halb so schön ohne stricken, Kaffee trinken, Freunde treffen und die Grüne Jugend. Ich kämpfe für eine gerechtere Welt, ein reformiertes Bildungssystem und eine tolerante Gesellschaft.

Mein Name ist Gregor, ich bin 24 und studiere Sozialwissenschaften in Osnabrück. Ich setze mich besonders für BürgerInnenrechte und Datenschutz ein.

Ich bin Anka Kirschner, Beisitzerin und gehe momentan in die 12. Klasse. Neben meiner Aktivität in der Ortsgruppe Göttingen spiele ich Rugby und arbeite im Göttinger Weltladencafe. Thematisch interessiert mich zurzeit besonders die Wirtschaftskrise.

Hallo ihr Lieben, ich bin Simon, 19 Jahre alt und wohne (noch) im schönen Bremervörde. Seit der letzten LMV bin ich neuer Beisitzer im Lavo. In meiner Freizeit lerne ich derzeit meistens für meine Abschlussprüfungen, ansonsten fahre ich aber auch ganz gern' mal mit dem Fahrrad, treffe mich mit Freunden oder genieße einfach nur das „Nichtstun“. Politisch engagiere ich mich etwas in der GJ-Stade, etwas in der (nicht so richtig aktiven) GJ-Bremervörde und natürlich im Lavo.

Ich bewundere Menschen, die auch nach einer hitzigen Diskussion mit gegensätzlichen Meinungen noch miteinander einen Kaffee trinken gehen können, ohne dass sie sich in ihrer Persönlichkeit gekränkt fühlen. Persönlich freue ich mich schon jetzt besonders auf den Bundestagswahlkampf, in dem wahrscheinlich viele von euch viele tolle Aktionen machen werden um so dabei mitzuhelfen, dass unsere Partei endlich wieder drittstärkste Kraft im Bundestag wird.

Sven:
Machen wir es kurz: 24 Jahre jung. Betriebswirt. Controller. Pfadfinder. Zweifacher Bruder. Öko. Veganer. Bundestagskandidat. Ex- Messdiener. GJN-Sprecher. Zukunftspilot. Lieblingsclub: Glocke. Seit 2003 bei GRÜNE JUGEND/GRÜNE aktiv. Thematisch arbeite ich zu Wirtschafts-, Haushalts-, Finanz- und Sozialpolitik und im Bereich Antifaschismus. Lese u.a. FTD, Jungle World, TAZ, viele (Sach-)Bücher.

Der LaVo

„Wer laufen kann, kann auch arbeiten!“

Die Grundlagen unserer heutigen Industriegesellschaft während der Industrialisierung mit Hilfe der Ausbeutung der Arbeitskraft von Kindern aufgebaut. Erst als dem preußischen König das Kanonenfutter ausging, weil die Heranwachsenden durch die harte Arbeit in den Kohlegruben und Fabrikhallen nicht mehr für den Militärdienst taugten, wurden die 1839 die ersten Schutzgesetze für (junge) ArbeiterInnen erlassen. Doch wer meint, dass das Thema der Vergangenheit angehört, irrt. In weiten Teilen dieser Erde werden Kinder als kostengünstige Arbeitskräfte eingesetzt. Was ist der Grund für dieses Phänomen? Die Armut der Eltern!

Ob im Bergbau oder in der Textilindustrie, im Tourismusgewerbe oder als menschliche Ware für den Einsatz als KindersoldatInnen oder für die Prostitution - Formen der Kinderarbeit sind vielfältig und sehr weit verbreitet. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) schätzt die Zahl auf ca: 190 Millionen Kinder zwischen 5 und 14 Jahren, die regelmäßig einer gewerblichen Tätigkeit nachgehen (müssen). Die Dunkelziffer – so die Vermutung der ILO – liegt noch sehr viel höher.

Allianz des Schweigens

„Eine Allianz des Schweigens eint Eltern, Gewerkschafter, Konsumenten mit Produzenten und Politikern. Sie verheimlichen, verharmlosen, nehmen keine Notiz“ so beschreibt die Autorin Birgit Schwarz in ihrem Spiegel-Artikel „Kinder in Knechtschaft“ das Problem.

Das Geschäft mit der Ware „Kind“ rechnet sich und es gibt einige Profiteure. Niedrige Löhne, lange Arbeitszeiten (bis zu 16 Stunden täglich), keinen Arbeits- und Gesundheitsschutz, knochenharte Tätigkeiten mit primitiven Arbeitsmitteln – viele Unternehmen stellen lieber die Kinder statt ihrer Eltern ein. Durch diese Personalpolitik der Unternehmen wird ein Kreislauf der Perspektivenlosigkeit und Armut in Gang gesetzt. KinderarbeiterInnen von damals sind die Eltern von morgen, die ihre Kinder zur Tilgung der Familienschulden, die sie für den Kauf von Konsumgütern aufgenommen haben, zur Arbeit zwingen. Die Formel lautet: „Kinderarbeit schafft Armut, Armut schafft Kinderarbeit.“ Der Kreislauf ist geschlossen.

Die ProduzentInnen können ihrerseits „günstige“ Preise an die KonsumentInnen weitergeben. Die beschweren sich nicht und verschließen die Augen. Korrupte PolitikerInnen sorgen für lasche Arbeitsschutzgesetze und mangelhafte Einhaltung der vorhandenen Gesetze. Sobald die Kinder zu alt oder zu krank sind, werden sie ausgetauscht. Das kapitalistische System in seiner reinen Lehre funktioniert.

Bildung wird in diesen Familien als purer Luxus empfunden, was nicht unverständlich ist, wenn man bedenkt, dass das Überleben jeden Tag aufs Neue erarbeitet werden muss. Der geringe Bildungsstand gepaart mit Angst vor körperlicher und sexueller Gewalt führt zum Schweigen der Opfer.

Kinder gründen Gewerkschaften

In den letzten Jahren gibt es einen neuen Ansatz bei der Bekämpfung von Kinderarbeit. Insbesondere in den Staaten Afrikas und Lateinamerikas haben sich Gewerkschaftsorganisationen für Kinder gegründet, die nicht Kinderarbeit insgesamt verbieten, sondern die Arbeitsbedingungen für die Kinder humaner gestalten wollen.

Die Kinder-Gewerkschaften kämpfen für bessere Löhne, Schutz der Gesundheit und kürzere Arbeitszeiten. Wichtigste Funktion jedoch ist die Thematisierung des Problems in der Öffentlichkeit und zeigen der versteckten Kinderarbeit. Die Gesellschaft kann das Thema nicht mehr ignorieren.

Politik mit dem Einkaufkorb!

Wenn man etwas nicht mehr ignorieren kann, muss man sich damit beschäftigen. Auch in den Industriestaaten ist dieser Dialog gefordert. Was konsumieren wir und warum? Die VerbraucherInnen haben mit ihrer Kaufentscheidung Einfluss darauf, wie produziert wird. Zertifizierte Produkte, wie z.B. TransFair-Produkte garantieren den Familien ein gewisses Einkommen und können den Familien ermöglichen ihre Kinder in die Schule zu schicken.

Es gibt durchaus Möglichkeiten von Deutschland aus die Armut und Elend von Kindern weltweit zu bekämpfen. Leider muss noch viel Überzeugungs- und Bildungsarbeit geleistet werden, vielen Menschen sind diese Zusammenhänge und Hintergründe noch immer nicht klar.

Damals wie heute haben Kinder weltweit nicht die gleichen Chancen auf selbstbestimmtes Leben. Aber es besteht Grund zur Hoffnung. Ein afrikanisches Sprichwort besagt: „Viele kleine Leute an vielen kleinen Orten,die viele kleine Schritte tun, können das Gesicht der Welt verändern.“ Worauf warten wir noch?

Christian Hinrichs ist 21 Jahre alt, kommt aus Oldendorf (Landkreis Stade), ist aktiv bei der GJ Stade und kommunalpolitisch für die Grünen. Gewerkschafter ist Christian auch und ist passives Mitglied in der AG Internationales der ver.di Jugend Hamburg.

Ausmalseite - nur für Kinder

Diese Seite kann frei bemalt werden, sogar diese Worte (wie so ziemlich alles im Igel) dürfen ohne Nachfrage be- oder übermalt werden. Falls ihr keine Kinder seid dürft ihr auch ruhig mal die Regeln ignorieren. Benutzt euren eigenen Kopf, nicht die Satzung. Viel Spaß mit diesem Igel!

Basisgruppenticker

Wie in jeder Ausgabe präsentiert euch der IGEL an dieser Stelle jung-grüne Aktivitäten vor Ort. Wenn ihr euren Ort nicht findet, dann werdet selber aktiv und gründet eigene eigene GJ-Basisgruppe. Ihr seid aktiv und trotzdem nicht im IGEL? Dann sagt uns Bescheid!

Die Grüne Jugend Wesermarsch steckt gerade größtenteils in den Abiturvorbereitungen. Doch pünktlich Anfang Mai wollen wir mit der Dosenwerfaktion zu Atomkraft den Wahlkampf einläuten. Gerade weil Atomkraft in der Wesermarsch ein generell großes Thema ist, wollen wir unseren Wahlkampf auf diesem Thema aufbauen.

Die Grüne Jugend Gifhorn ist gerade damit beschäftigt, die GJ Wolfsburg bei der Neugründung zu unterstützen. Dafür veranstalteten wir in der Wolfsburger Innenstadt eine Hürden-Spring-Bildungsaktion, die zwar (wortwörtlich) fast ins Wasser fiel, aber dennoch erfolgreich war. Abgesehen davon haben wir auch an der Lichterkette gegen Atomkraft, die hier in der Region statt fand, teilgenommen und bemühen uns, die Vernetzung der Ortsgruppen Gifhorn, Peine, Braunschweig, Wolfsburg und Wolfenbüttel als Grüne Jugend in der Region Braunschweig voranzutreiben.
Und was als nächstes auf dem Programm steht:
Natürlich Europa- und Bundestagswahlkampf!

Die Grüne Jugend in Wolfsburg hat sich ja erst vor kurzem neugegründet und befindet sich noch in der Aufbauphase.

Wichtigster Partner ist vor allem die GJ Gifhorn, die uns vor allem bei der ins wassergefallenen Bildungshürdenaktion tatkräftig unterstützt hat. Geplant sind einige Info-Aktion und ein Vortrag von Sven wahrscheinlich am 21. April.

Wir sind die gerade neu gegründete Grüne Jugend Braunschweig.
Seit Februar treffen wir uns jetzt regelmäßig. Wir sind momentan 5 und Studieren alle an der TU Braunschweig und sind guter dinge in Braunschweig (leider CDU Hochburg) die grundlage für eine menge grüner Aktionen zu organisieren. Selbstverständlich suchen wir noch nach tatkräftigen mitstreitern, die auch gerne aus der Schule oder sonstwoher kommen können. Da wir aktuell auch noch in unserer Themenfindungsphase sind, ist dies auch der ideale Zeitpunkt, sämtliche eurer ideen sofort in unserem künftigen Programm unterzubringen

Derzeit diskutieren wir viel über aktuelle politische Themen wie das Konjunkturpaket, ein mögliches bedingungloses Grundeinkommen, das Umweltgesetzbuch und aktuelle militärische Auseinandersetzungen in der ganzen Welt. Für den Sommer und das Super-Wahljahr planen wir zunächst eine Konzert-Veranstaltung mit Schüler-Bands und dem Europaparlamentskandidaten Jan Philipp Albrecht zu dem Motto "Beat the Heat...".

Außerdem wollen wir auch dieses Jahr wieder ein Antirassistisches Fußballturnier veranstalten, da die Resonanz aus den letzten Jahren sehr gut war. Des Weiteren werden wir versuchen den Kontakt zwischen den Grünen und der Grünen Jugend zu intensivieren und wollen zum Beispiel am Tschernobyl-Jahrestag eine gemeinsame Aktion mit Grünen, Grüner Jugend und Greenpeace machen sowie regelmäßig auch die Vorstandstreffen der Grünen besuchen.

Wir die Grüne Jugend Göttingen hatten in letzter Zeit viele schön spannende Aktionen, wie zum bespiele: hatten wir eine Anti-Atom Aktion, wir sind durch die Innenstadt von Göttingen gelaufen und haben Jugendliche über die Asse informiert. Ansonsten haben wir die letzte LMV in Göttingen organisiert und zu vielen verschieden Themen inhaltlich diskutiert. Demnächst werden wir uns mit nachwachsenden Rohstoffen inhaltliche auseinander setzen, wir freuen alle auf den 15.04 wo wir den lieben Sven bei uns in der Ortgruppe begrüßen und er mit einem Anti-Nazi-Vortrag für den 1. Mai mobilisiert

Um noch mehr Junge Leute für die junggrüne Sache zu begeistern, veranstalten wir demnächst unter dem Motto "Jung, grün, unabhängig" ein Neuentreffen für alle Interessierten.
Gleichzeitig wollen wir als emanzipatorische Ortsgruppe neue Wege der basisdemokratischen Ausgestaltung beschreiten um verkrustete Strukturen aufzubrechen und eine noch erfolgreichere Ortsgruppenarbeit zu ermöglichen. Die Einbindung benachteiligter junger Menschen ist uns dabei eine besondere Herzenssache. Ansonsten haben wir eine Aktion gemeinsam mit den Jusos zum Weltfrauentag gemacht, uns an einer Anzeigenschaltung für eine IGS in Stade beteiligt und haben uns intensiv mit dem Leitantrag für die LMV in Göttingen beschäftigt.
Kontakt: http://gruenejugendstade.blogsport.de/

Wir treffen uns jeden Dienstag um 20 Uhr an der Schlachte 19/20. Wir sind in Bremen momentan zu 80 Prozent mit dem Europawahlkampf beschäftigt. Dort wollen wir uns speziell am „Markt der Vielfalt“, der am 6. Juni auf dem Bremer Marktplatz stattfinden wird, beteiligen. Dort sollen NGO, Initiativen und alle, die den europäischen Gedanken vertreten, zusammenkommen. Darüber hinaus planen wir eine Rocknacht, die gerade junge Menschen, die eigentlich nichts mit Politik am Hut haben, auffordern soll, wählen zu gehen. Wichtig für uns sind auch kleine „Guerilla-Aktionen“, wie z.B. Fahrraddemos. Parteiintern schreiben wir gerade an einem Aktionsplan „Grüne Nachwuchspolitik in Bremen“, den wir bald mit den Altgrünen verhandeln und verabschieden wollen. Also: Schau einfach mal vorbei!

"Seit unserer (Wieder-)Gründung im Oktober 2008 haben wir jede Menge gemacht. Ganz spontan, eine Woche nach dem Auftakttreffen haben wir in der Hildesheimer City gegen Atomkraft und für die Demo in Gorleben "aktioniert" (das ganze Klischee: Maleranzüge, Gasmasken etc.), nebenbei noch ein paar Busfahrkarten zu eben dieser vertickt. Im Hinblick auf Weihnachten, das ja mittlerweile mehr mit Shopping-Wahn als Besinnlichkeits-Zeit assoziiert wird, haben wir uns dann mit dem Thema "Konsum und so" beschäftigt- was steckt hinter meinen Nike-Schuhen oder dem Müller-Joghurt, den ich gerade esse? Nachdem wir uns inhaltlich sehr intensiv mit dem Thema befasst hatten, interviewten wir verschiedenste Leute - von "Ultra-Fair-Trade-Idealisten" bis hin zu "Hauptsache-Uns-Gehts-Gut-Spießern" in der City, alles -wirklich sehr interessant!- festgehalten mit der Kamera.

Aktuell schauen wir in die Schulen rein und sehen uns besonders den Einfluss der Schülervertretungen und die schulische politische Aufklärung an. Dazu haben wir einen Fragebogen an alle Hildesheimer SchulleiterInnen ausgearbeitet und veschickt (bisher sind sieben zurückgekommen). Ähnliche Fragen wollen wir in einem zweiten Schritt den Schülervertretunngen und evtl. auch den Schülern selbst stellen.
So erhoffen wir uns ein Bild über die Situation der Schülervertreungen zu bekommen und daraus abzuleiten, was verbessert werden könnte.

Vergangenhgeit, Gegenwart, Zukunft - nun wisst ihr alles, was bei uns so abgeht!
Ihr seid herzlich eingeladen, selbst mal vorbeizuschauen oder uns auf unserer Website zu besuchen: www.gj-hi.de"

Service machen wir mit links!

Hier habt Ihr E-Mail-Adressen und Telefonnummern von AnsprechpartnerInnen der GRÜNEN JUGEND Niedersachsen (GJN):

Landesgeschäftsstelle
Odeonstraße 4
30159 Hannover
Fon: (05 11) 126 085 77
Fax: (05 11) 126 085 70
E-Mail: gjn@gruene-niedersachsen.de
Internetadresse: http://www.gj-nds.de
Bankverb.: Bank für Sozialwirtschaft
Konto: 84 31 500, BLZ: 251 205 10
Geschäftsführung:
Dima Konsewitch
E-Mail: gjn@gruene-niedersachsen.de

Landesvorstand Niedersachsen
Julia Willie Hamburg (Sprecherin)
julia.hamburg@gj-nds.de
Göttingen

Sven-Christian Kindler (Sprecher)
sven.kindler@gruene-jugend.de
Hannover

Pat Drenske (Schatzmeister)
patrick.drenske@gj-nds.de
Hannover

Julia Amthor (Polit. Geschäftsführerin)
jule.amthor@gj-nds.de
Hannover

BeisitzerInnen
Gregor Möllring (Hannover)
mail@gregor-moellring.de

Simon Oehlers (Bremervörde)
simon.oehlers@gj-nds.de

Anka Kirschner (Göttingen)
ankaankaanka@googlemail.com

IGEL-Redaktion
Kristina Wilken (Stade)
CD_im_Auge@web.de

Nadine McNeil (Göttingen)
nadine.mcneil@gruene-jugend.de

Britta Veltzke (Bremen)
brittaveltzke@gmx.de

Nina Reinhardt (Hannover)
nire111@aol.com

Simon Beneke (Hannover)
Simon.beneke@gj-nds.de

Lukas Mueller (Brake)
mueller.lukas@ewetel.net

Vanessa Faye Rutowicz (Brake)
nessa.rutowicz@ewetel.net

Landesvorstand Bremen
Email:gjhb-info@gruene-jugend.de
gjhb-lavo@gruene-jugend.de

Alexandra Werwath (Sprecherin)

Eike Schurr (Sprecher)

Patrick Meis (Schatzmeister)

Sara Dahnken (Beisitzerin)

Wichtige Termine die bald anstehen:

GRÜNE JUGEND

29 - 31.05.2009 Aktionswochenende der Grünen Jugend gegen den Klimawandel

15 - 21.06.2009 Aktionswoche und am **17.06.** Bildungsstreick

26-27.07.2009 Bremen Konferenz im Rahmen der Campustour der Heinrich Böll Stiftung

3 - 5.07.2009 klima.MACHT.flucht. Kongress in Hannover

06.11.2009 Landesmitgliederversammlung der Grünen Jugend Niedersachsen

07 - 18.12.2009 Weltklimagipfel in Kopenhagen

Weitere Informationen und Kontaktadressen, auch von GRÜNE JUGEND-Gruppen in Eurer Nähe, bekommt Ihr in der Landesgeschäftsstelle oder im Internet:

www.gj-nds.de (Niedersachsen)
gruenejugend.eike-schurr.de(Bremen)
www.gruene-jugend.de (Bundesverb.)

"Grenzenlos Menschlich" -
Eine Anti-Abschiebeaktion der Grünen Jugend Gifhorn. Hier wurde auf die unmenschliche Abschiebepolitik der Eu und Deutschlands aufmerksam gemacht.

Für eigene Aktionen mit euren Ortsverbänden, bewerbt euch doch bis zum 30. Juni für die Hochtour bei:
Carola Wesbuer und Paul Zschocke
Fon: 030-28 442 181
eMail: hochtouren[at]gruene-jugend.de

Was sind eigentlich GJN und GJHB?

GJN und GJHB, das sind die Landesverbände der GRÜNEN JUGEND in Niedersachsen und Bremen.
Bei uns sind Jugendliche und junge Erwachsene bis 28 Jahren politisch aktiv und stellen so einiges auf die Beine.
Als Jugendorganisation von Bündnis 90/Die Grünen wirken wir in und außerhalb der Partei, tragen junge Positionen in die Gesellschaft.

Die GJ ist ein progressiver Jugendverband und orientiert sich an den Grundsätzen Ökologie, Basisdemokratie, Solidarität und Gewaltfreiheit.

Wir bündeln und vernetzen die Aktivitäten der Basisgruppen in Niedersachsen. Dazu gehören unsere Landesmitgliederversammlungen, Seminare, Workshops und gemeinsame Großaktionen.
Wenn auch Du all dies bewirken willst, dann komm zur GJN oder GJHB!

Hinweise zur Teilnahme an Seminaren

Meldet euch möglichst bald in der Landesgeschäftsstelle für die Veranstaltungen an! Die Teilnahmegebühr wird 10 Euro betragen und auf der Veranstaltung eingesammelt. Bahnkosten werden bis zu 50% des Normaltarifs (BahnCard 50 Preis) erstattet, Gruppentickets & ÖPNV ganz. Benzinkosten nur auf begründeten Antrag! Kostenanträge werden verteilt.
Ideen für Seminare und Kongress werden immer gerne vom Landesvorstand entgegen genommen!

Impressum

Herausgeberin
GRÜNE JUGEND Niedersachsen
Odeonstraße 4
30159 Hannover
Fon: (0511) 126 085 77
Fax: (0511) 126 085 70
E-Mail: info@gj-nds.de
Web: www.gj-nds.de
Bank für Sozialwirtschaft
Konto: 84 31 500
BLZ: 251 205 10

Redaktion
Nadine McNeil, Kristina Wilken, Britta Veltzke, Lukas Mueller, Nina Reinhardt, Vanessa Faye Rutowicz, Simon Beneke

Mitarbeit
Christoph Mueller, Moritz Keppler, Sarah Benke, Christian und Ramona, Max Forster, Vera Buttmann, Gwendolyn Buttersack, Karolina Ziehm, Sara Dahnken, Christoph Krieger, Simon Oehlers, Lukas Mueller, Christian Hinrichs

Von Frauen geschriebene Artikel:
42,857%

Druck:
Akzent Druck Hannover, gGmbH

Auflage: 700 Stück

Copy Left: Die Texte dieser IGEL-Ausgabe stehen unter der GNU Free Document License (GNU FDL).

Anmerkung
Namentlich gekennzeichnete Artikel, besonders in den Meinungsseiten, geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.